Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 160 Mk. Durch die Post monatlich 160 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8.— Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 20 Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 7 Mark | **Dienstag, den 31. Oktober 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 255**

Der Sieg der Faszisten

Der Weiße Terror herrscht in Italien. Die Faszisten haben gesiegt. Ihr Putsch vom Sonnabend ist am Sonntag zum erfolgreichen Staatsstreich geworden. Salandra und Giolitti, die Kandidaten des Kompromisses der alten Staatsgewalt mit dem Faszismus, sind als erledigt beiseite geschoben. Mussolini, der Exsozialdemokrat und Faszistenführer, wird Ministerpräsident; sieben Faszisten werden Minister und bekommen damit die Mehrheit im Kabinett. Die Kammer wird aufgelöst und nach einem korrigierten Wahlrecht unter Kontrolle der brutalsten Gegenrevolution neu gewählt. Der König, angeblich der Repräsendant der über den Klassen stehenden Staatsgewalt, ist die willenlose Puppe in der Hand der bewaffneten Bourgeoisie.

Demokratie und Klassenversöhnungsillusion haben in Italien ausgespielt. Offen verkündet Mussolini, getragen von der ganzen Bourgeoisie, von den konservativen Grundbesitzern und Industriellen bis zu den verelendeten Mittelschichten, unter der Parole der Größe Italiens, der Sparsamkeit und der Arbeitsamkeit die Diktatur gegen die Arbeiterklasse. In seinem ersten offiziellen Aufruf proklamiert er die Geltung der faszistischen Kriegsgesetze, den Arbeitermord, Mißhandlungen und Brandstiftungen über ganz Italien; setzt er zur Ausführung der eroberten militärischen und politischen Gewalt ein diktatorisches Aktionskomitee von vier Mitgliedern ein.

Die überkommene Staatsmacht, die als Herrschaftsinstrument des Bürgertums in ruhigen Zeiten ausreichte, ist in den Vorgefechten des italienischen Bürgerkrieges zerbrochen. Das Bürgertum schiebt sie als nutzloses Hemmnis beiseite und bewaffnet sich unmittelbar gegen die Arbeiterschaft, die sie als ihren Todfeind kennen und fürchten gelernt hat.

Heute ist das italienische Proletariat geschlagen. Wochen, Monate entsetzlichster Leiden stehen ihm bevor. Wenn es als erprobter Kämpfer in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie, wenn es nach seinem ruhmvollen Widerstand gegen den Krieg jetzt ohne eine Spur von Auflehnung den Staatsstreich der Faszisten über sich ergehen läßt, so trifft die volle Schwere der Verantwortung für diesen Zusammenbruch die Turratianer und Serratianer. Vergeblich klagt die deutsche Sozialdemokratie mit demagogischen Bedauern die „Spaltungsarbeit der Moskauer in Italien" an. Nicht Moskau hat den Kampfmut der italienischen Arbeiter gelähmt. Die italienischen Freund des „Vorwärts", die Turrati und d'Arragona, indem sie an der demokratischen Illusion festhielten, als der Bürgerkrieg schon erklärt war, indem sie nach Kompromissen suchten, als der schärfste Kampf gegen die Konterrevolution die einzige Rettung war, haben durch ihr ohnmächtiges Nachgeben den Faszismus in den Sattel gehoben, dem Feind die Gassen in das Proletariat geöffnet. Die italienischen Freunde Paul Levis, die Serrati und Kompagnie, indem sie in entscheidender Stunde den Schritt gegen den Sozialreformismus nicht zu tun wagten, haben die Bataillone des Proletariats in Verwirrung gebracht und geholfen, das stolze Gebäude des Sozialismus in einen Trümmerhaufen zu verwandeln.

Aber es genügt nicht, abseitsstehend und zuschauend Verantwortungen und Fehler festzustellen. Es gilt jetzt, gegen den Faszismus zu handeln — national und international. Denn der Faszismus ist nicht eine Angelegenheit, die nur Italien angeht, er ist eine internationale Erscheinung, unmittelbar entsprungen aus der fortschreitenden sozialen Revolution, die der Bourgeoisie überall zeigt, daß der Henker vor der Tür steht. Wenn jetzt selbst in England mit seinem noch gefestigten Kapitalismus, mit seiner seit Jahrhunderten unangefochtenen herrschenden Bourgeoisie die feindlichen Brüder Bonar Law und Lloyd George sich im Wahlkampf gegen die Arbeiterschaft verbünden, dann muß überall da, wo die Staatsgewalt erschüttert ist, in Polen, in Oesterreich, in der Tschechoslowakei und nicht zuletzt in Deutschland das Bürgertum mit offenem Terror die drohende Auflehnung des Proletariats gegen den kapitalistischen Zerfall zu unterdrücken versuchen.

Was Mussolini zwei Tage vor seiner Machtübernahme in Neapel als sein Programm verkündigt hat, ist wörtlich dasselbe, was der Weiß-Schützling, der Volksparteiler und Koalitionsfreund der deutschen Sozialdemokraten, Geißler, vor vierzehn Tagen im Zirkus Busch als Programm der Orgesch aufgestellt hat. Es ist das Programm der „Sanierung" des bankrotten bürgerlichen Staates durch extremsten Nationalismus und Imperialismus nach außen, durch „glorreiche" Kriegsführung und Revanche, durch Arbeitszeitverlängerung, Lohndruck, Beamten- und Arbeiterentlassung (Sparsamkeit genannt) nach innen. Dazu selbstverständlich schärfster Kampf gegen den Sozialismus in jeder Form.

Horthy-Ungarn ist das internationale Staatsideal, die einzig noch mögliche Staatsform der untergehenden Bourgeoisie.

Es ist darum kein Zufall, daß der Berliner „Lokal-Anzeiger" mit kaum verhülltem Triumph den Sieg der Faszisten begrüßt:

„Niemand hätte es vor wenigen Monaten noch für möglich gehalten, daß alle Gegner der Faszisten vor dem starken Willen, der sich in diesem außerparlamentarischen Kraftzentrum zeigte, zurückweichen und diesem ausgesprochen nationalistischen und antisozialistischen Elementen den Kampfplatz überlassen würden . . . Die klägliche Ohnmacht der Parlamentsherrschaft in Italien hat nicht zum wenigsten zu der Popularität beigetragen, die Mussolini sich zu erringen verstand."

Vertauscht man das Wort Italien mit Deutschland, so hat man die wahre Meinung des deutschnationalen „Lokal-Anzeigers", so hat man die Worte Hergts auf dem deutschnationalen Parteitag, als er für die Deutschnationalen programmatisch erklärte, daß für sie der Kampf im Parlament nun zu Ende sei und der Kampf unter den Massen, auf der Straße beginne. Der offene Bürgerkrieg, der damit nach den Worten der für Hergt gewiß unparteiischen „Zeit" Stresemanns proklamiert wird, wird nachdrücklicher noch gefordert in dem von dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik wieder erlaubten antirepublikanischen „Gewissen" des Herrn Eduard Stadtler, wo Herr Martin Spahn das Bürgertum auffordert, die Erstarrung des Schützengrabenkrieges aufzugeben:

„Die Stunde des Gegenangriffs nach dem mißlungenen Ueberfall der Linken Ende Juni ist da."

So ruft er frohlockend und das gegenrevolutionäre Bürgertum in Deutschland nimmt diesen Ruf auf. Es ist keine nur zufällige zeitliche Uebereinstimmung, wenn gleichzeitig mit dem Siege der Faszisten in Italien die deutsche Orgesch sich regt, die Deutschnationalen den Bürgerkrieg offen organisieren. Es ist der logische Abschluß einer Entwicklung, die, wie in Italien, das Bürgertum mit Hilfe der Sozialdemokratie in den Sattel gesetzt hat, und die nun, durch den Sieg des Faszismus in Italien angefeuert, noch rücksichtsloser als bisher ihre Ziele durchsetzen wird.

Gewiß: wir wissen, daß der Angriff der Stadtler, der Hergt, der Orgesch auf die Länge mit dem Sieg des Proletariats enden muß, wie wir auch wissen, daß der Sieg der italienischen Faszisten der Anfang ihrer Niederlage ist. Nach kurzer Zeit schon muß die vollkommene Programmlosigkeit des nur nationalistisch und antisozialistisch eingestellten Faszismus die heute nur notdürftig verkleisterten Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie selbst wieder aufbrechen lassen. Bald wird sich zeigen, daß das ins Programm geschriebene Wort „Sparsamkeit" die Massen nicht satt macht. Aber weil dies so ist, weil der Faszismus als letzte Machtposition der Bourgeoisie geschichtlich betrachtet von vornherein ein verlorener Posten ist, um so grausamer wird der Terror sein, den die Faszistenbanden gegen das Proletariat üben werden, um so qualvoller die Leiden, die die zum Tode verurteilte Bourgeoisie über das Proletariat verhängt.

Diesen Umweg, diese Leiden muß das deutsche Proletariat sich ersparen. Die Hilferdinge sind am Werk, den Faszisten den Weg zu bereiten. Die Behörden schützen die Orgesch. Aus der Verelendung der Massen weiß die mit Stinnes verschwisterte Sozialdemokratie keinen Ausweg. Sie treibt die proletarisierten Mittelschichten ins Lager der äußersten Gegenrevolution. Hier muß das Proletariat beizeiten zusehen, Es muß sich gerüstet halten gegen den kommenden Putsch der deutschen Faszisten, gegen den Bürgerkrieg, den die Deutschnationalen ihm erklären. Es muß sich sammeln in seinen Kontrollausschüssen und Betriebsräten zum Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Gefahr, die ihm droht!

Der Sieg des Faszismus in Italien ist das Zeichen, daß die Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat ihrem entscheidenden Stadium sich nähern. Die Frage ist international gestellt: ob Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats. Die Frage steht zur Entscheidung jetzt vor allem in Deutschland. Das deutsche Proletariat muß sie unter Beiseiteschieben aller reformistischen und sozialpazifistischen Illusionen beantworten, daß nur seine Herrschaft den Terror der Bourgeoisie abwehren und den Weg aus dem Elend bereiten kann. Die Antwort, die die deutsche Arbeiterschaft gibt, wird auch die beste Hilfe sein, die sie in internationaler Solidarität dem heute zertretenen italienischen Proletariat gewähren kann.

*

Das italienische Proletariat und die Faszisten-Diktatur

Ueber das Verhalten der Arbeiterschaft und der Arbeiterparteien liegen fast gar keine Berichte vor. Die Faszisten und die Behörden haben es verstanden, die Nachrichten über die Stellungnahme der Arbeiterklasse nicht über die Grenzen des Landes gelangen zu lassen. Daß sich aber die Arbeiterklasse den Faszistenstreich nicht tatenlos gefallen lassen wird, geht schon aus den spärlichen Meldungen hervor.

In Bologna und Verona ist es zu Zusammenstößen zwischen Faszisten und Polizei gekommen. Ein Unteroffizier der königlichen Garde und drei Faszisten wurden getötet, ein Unteroffizier verwundet. In Genua haben die Faszisten das Haus der Eisenbahnergewerkschaft in Brand gesteckt.

In Rom kam es zwischen Arbeitern und faszistischen Truppen zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei es einen Toten und mehrere Verwundete gab. Die Bewohner des Arbeiterviertels St. Lorenzo ersuchten um militärischen Schutz gegen die Faszisten und sind entschlossen, auch ihre Selbstwehr zu organisieren. — Nach einer Meldung aus Modane hielten die in Rom anwesenden sozialistischen, maximalistischen und kommunistischen Abgeordneten am Sonnabend eine gemeinsame Beratung, in deren Verlauf auch der Vorschlag diskutiert wurde, alle Abgeordneten, die sich gegen den Faszistenstreich aussprechen, zur Bildung eines Gegenparlaments aufzufordern. Ueber das Resultat der Verhandlungen liegt noch kein Bericht vor.

Einem Züricher Privattelegramm zufolge steht Italien am Vorabend eines Bürgerkrieges, da die Linksparteien geschlossen gegen die faszistische Armee vorgehen wollen. Die Leitungen der Sozialistischen und Kommunistischen Parteien beraten über die Proklamierung eines Generalstreiks.

Statt Kampf eine Bettelaktion des ADGB

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 31. Oktober.

Unter dem Präsidium des Reichspräsidenten Ebert haben die Spitzenverbände der Gewerkschaften, der Unternehmerorganisationen und vieler bürgerlicher Wohltätigkeitsvereine öffentlich den Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft erklärt. Sie tun es in der Form eines Aufrufes, in dem Spenden, insbesondere Sachwerte, Lebensmittel und Bedarfsgegenstände verlangt werden zur Unterstützung für Erwerbsunfähige, kleine Rentner, Witwen und alte Leute. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, „soziale Ueberstunden" zu leisten, deren Ertrag den Notleidenden zugute kommen soll. Die Gewerkschaften haben sich bereit erklärt, für die Ableistung sozialer Ueberstunden allen ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft einsetzen zu wollen.

*

Die Regierung und die kapitalistische Wirtschaft erklären sich außerstande, die Hilflosen vor dem Hungertode zu schützen, obwohl es in den letzten Jahren an Arbeit nicht gefehlt hat und das Unternehmertum glänzend verdienen konnte. Ein Teil der Aermsten soll durch die Sammlung von Bettelsyennigen, zerrissenen Kleidern usw. erhalten werden. Was soll erst werden, wenn Hunderttausende von Proletariern arbeitslos auf der Landstraße liegen?

Die hungernden Massen haben durch die neuen Versprechungen vorläufig nicht mehr zu essen und anzuziehen und es ist nicht zu erwarten, daß die Kapitalisten von ihren ungeheuren Profiten auch nur einen geringfügigen Prozentsatz für die Erwerbsunfähigen abgeben.

Dagegen ist im besonderen wichtig, daß wieder einmal die Gewerkschaftsführer, und jetzt auf anderem Wege, den Achtstundentag zu verkaufen bereit sind. Sie erklärten ihre Bereitschaft für die Ableistung sogenannter sozialer Ueberstunden zugunsten der Notgemeinschaft, d. h. mit anderen Worten: da das Reich und die Kapitalisten nichts geben wollen, sollen nun die Arbeiter, die selbst fast am Verhungern sind, Ueberstunden machen, damit die Herren Kapitalisten nicht mit zu großen Steuern belastet werden. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft jede Verlängerung der Arbeitszeit, unter was für einem Vorwand auch immer, ablehnen wird. Die Not der Erwerbsunfähigen muß so schnell als möglich durch ausreichende Unterstützungen durch die Regierung, die wiederum ihre Mittel durch Besteuerung der Kapitalisten erhalten kann, behoben werden.

Das Proletariat muß aus der Bankrotterklärung der kapitalistischen Wirtschaft seine Schlüsse ziehen. Entweder es nimmt den Kampf gegen den Kapitalismus auf oder es wird von ihm erwürgt!

Die „Rote Fahne" erscheint wieder

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 31. Oktober.

Herr Severing sah sich veranlaßt, seinem Parteifreunde Richter, dem Polizeipräsidenten von Berlin, eine Ohrfeige zu versetzen, sich selbst aber damit auch. Er hat das Verbot der „Roten Fahne" wieder aufgehoben. Das Blatt wird am Mittwoch wieder erscheinen. Das erste Verbot der „Roten Fahne" ist bekanntlich vom Staatsgerichtshof als unzulässig erklärt worden, und nun die neue Blamage.

Kommunistischer Wahlerfolg in Frankreich

WTB. **Paris, 30. Oktober.**

Bei der gestrigen Gemeinderatswahl im Stadtviertel der Santé hat der kommunistische Kandidat Marty von den Aufständischen der Schwarzmeerflotte 868 von 1921 abgegebenen Stimmen erhalten. Es findet Stichwahl statt. Gleichzeitig ist Marty zum Generalrat im Departement Var gewählt worden. Offiziell hält man an der Unwählbarkeit Martys fest.

Marty sitzt noch immer im Gefängnis. **Der Wahlerfolg unserer Bruderpartei ist der beste Gegenbeweis auf das sozialdemokratische Gerede vom „Zerfall der Kommunistischen Partei" in Frankreich.**

Lerchenfeld zurückgetreten

WTB. **München, 30. Oktober.**

Wie wir erfahren, ist der Rücktritt des Kabinetts Lerchenfeld nunmehr vollendete Tatsache. Der Landtag wird alsbald zusammenberufen werden, um den neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Als aussichtsreichster Kandidat gilt nach wie vor der bisherige Staatsrat Meyer.

*

Die Abhaltung ist aus der innerpolitischen Entwicklung Bayerns heraus zu erklären. Lerchenfeld war es, der wiederholt bei den Streitfragen zwischen Bayern und dem Reiche auf dem Wege der Vermittlung die monarchisch-separatistischen Tendenzen zur Geltung zu bringen suchte. Die bayrische Konterrevolution will nunmehr ganze Arbeit durch die Tat machen. Sie fordert die offene Orgeschdiktatur. Das brachte klar und unzweideutig der Reichstagsabgeordnete Dr. Heim am Sonntag in einer Rede auf der Landesversammlung der Bayrischen Volkspartei zum Ausdruck. Dr. Heim fordert genau so, wie Hergt in seiner Programmrede auf dem Parteitage der Deutschnationalen in Görlitz, den unverblümten Kampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat. „Deutschland, dein Lager ist Bayern" ist die Parole Dr. Heims und der Bayrischen Volkspartei. Orgesch-Bayern soll über Deutschland herrschen, der Faszismus soll auch in Deutschland das Proletariat niederknüppeln.

Vor den Konsequenzen des offenen Bürgerkrieges schreckt Lerchenfeld zurück. Er tritt zurück und macht einem Anhänger Kahrs Platz. Die Orgesch ist nicht sentimental und geht aufs ganze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221031-18/fragment/page=0001

Der Aufmarsch der Betriebsräte in Sachsen und im Rheinland

Aus der Not und dem Kampf gegen die Teuerung geborene Arbeiterkundgebungen im wahrsten Sinne des Wortes waren die Betriebsrätekongresse, die am Sonntag in Essen für Rheinland-Westfalen und in Dresden für Sachsen stattgefunden. Während in Essen der Kampf um die Kontrolle der Produktion speziell in den dortigen Schlüsselindustrien im Vordergrunde der Debatte stand, war der Kongreß in Dresden durch die bevorstehende Landtagswahl stark beeinflußt und nahm neben dem unmittelbaren Kampf gegen die Teuerung vor allem Stellung zu der Frage der Arbeiterregierung. Wir werden durch eine eingehende Würdigung noch auf die beiden Tagungen zurückkommen. Doch sowiel sei heute schon gesagt: beide Kongresse haben bewiesen, daß die Betriebsrätebewegung heute schon zu einer Macht geworden ist, hinter die sich immer größere Proletariermassen scharen.

Sächsischer Betriebsrätekongreß

(Eigener Bericht.)

Dresden, 29. Oktober.

In Dresden fand am Sonntag, dem 29. Oktober, der Kongreß der sächsischen Betriebsräte statt. Aus ganz Sachsen waren über 740 Betriebsräte erschienen, davon waren 371 Delegierte, die 252 Betriebe mit zirka 400 000 Arbeitern vertraten. Die Delegierten setzten sich zusammen aus 237 KPD.-Mitgliedern, 37 Mitgliedern der USPD. und 7 Mitgliedern der Ledebourgruppe, außerdem waren 26 Parteilose anwesend.

Genosse **Grothe** ging eingangs seines Referats auf die Ursachen ein, die die Betriebsräte veranlaßt haben, in den Kampf gegen die Teuerung aktiv einzugreifen. Die Gewerkschaften erklären, nichts gegen den Hunger tun zu können, sie müssen es der Regierung überlassen, Maßnahmen zu ergreifen. Dafür drohen die Gewerkschaftsführer mit Ausschluß derjenigen, die sich für die Forderungen der Arbeiterschaft einsetzen. Aber trotz aller Sabotage und aller Drohungen wächst die Bewegung immer mehr. In allen Teilen des Reiches ist die Selbsthilfebewegung in Fluß gekommen. Selbst in Teilen Deutschlands, in denen die Arbeiter bisher abseits standen, beginnen sie sich mehr und aktiv zu betätigen.

Zur Diskussion

Kollege **Bonnemann** (Chemnitz, USPD.): Wir wollen nicht über politische, sondern über wirtschaftliche Fragen sprechen. Manche sagen, daß der heutige Kongreß von der KPD. veranstaltet wird. Das ist unrichtig, aber es wäre mir gleich. Ich wende mich scharf dagegen, daß die Gewerkschaftsführer Kollegen ausschließen, weil sie gegen die Teuerung kämpfen wollen und für den Betriebsrätekongreß eintreten. Die Worte des Kollegen Grothe sind mir aus der Seele gesprochen, die USPD.-Führer sind mit Unrecht gegen den Kongreß. Sie müssen dafür sein, wie sie uns ja so oft aus dem Bettiete auf die Straße gerufen haben, wenn Gefahr vorhanden war, deshalb müssen die USPD.-Führer jetzt mitmachen, sonst müssen mit über die Köpfe dieser Führer den richtigen Weg, den Weg des Kampfes gehen.

Kollege **Heb** (Chemnitz, USPD.): Es ist bedauerlich, daß kein Referent des ADGB. und der SPD. gekommen ist. Viele Kollegen von der SPD. sympathisieren mit dem Kongreß. Nach dem Rathenau-Mord stellten die USPD.- und ADGB.-Führer Forderungen, ohne für sie einzutreten. Wenn die USPD.-Führer nicht mitmachen, so geben wir Arbeiter selbständig vor.

Wem das Wohl und Wehe des Proletariats am Herzen liegt, der kämpft mit, der macht die Betriebsrätebewegung mit, welcher Partei er auch immer angehört!

Ich rufe jeden, der hier im Saale ist, besonders die USPD.-Mitglieder, auf, arbeitet von Partei- und Gewerkschaftsdrohungen, für die Betriebsrätebewegung zu sammeln und zu arbeiten. In den Betrieben und Vertreterversammlungen müßt Ihr alle darauf hinwirken, daß sämtliche Kollegen sich hinter den Betriebsrätekongreß stellen, mit oder gegen den Willen der Gewerkschaftsführer.

Es beteiligten sich noch weiter die Kollegen **Zimmermann** (SPD.), **Weidinger** (Zeitz, Ledebourgruppe), **Wünsche** (Senftenberg, parteilos), **Peters** (Süddeutschland), **Diering** (Hamburg), **Zündner** (Rheinland).

Kranken (Mitteldeutschland)

Er weist darauf hin, daß die Arbeiterschaft sich aktiv an den Arbeiten des Kongresses beteiligen muß. Die eigentliche Arbeit der Betriebsräte wird erst dann beginnen, wenn die Arbeiter sich hinter die Betriebsräte gestellt haben.

Die wirtschaftliche und politische Lage

Genosse **Brandler** gab in seinem Referat über die wirtschaftliche und politische Lage ein Bild über die gegenwärtige, für die Arbeiterschaft äußerst ernste Situation. Die Kontrolle der Produktion bedeutet den einzigen Weg zur Rettung und zum Aufstieg, während das Chaos der kapitalistischen Wirtschaft immer tiefer in den Abgrund führt. Dem wirtschaftlichen Zerfall und Chaos in Deutschland entgegenzuwirken, das ist die Aufgabe der Betriebsrätebewegung.

Betriebsräte und Arbeiterregierung in Sachsen

Nach der Mittagspause nahm Genosse **Böttcher** das Wort zu seinem Referat: „Kampf gegen die Teuerung unter besonderer Berücksichtigung Sachsens". In erster Linie muß der Kampf gegen den Lastmacher aufgenommen werden, und zwar in Verbindung mit den Landproletariern. Die Agrarier sabotieren die Ernährung. Die **Kontrolle des Transports**, um zu verhindern, daß die Lebensmittel machen über die Grenze geschoben werden, ist **Aufgabe der Eisenbahner und Transportarbeiter**. Die Kontrolle **der Kleinhandelspreise** ist vor allen Dingen Aufgabe der Frauen. Die Kontrolle der industriellen und Bankbetriebe ist aber die Grundlage in diesem Kampf.

In Sachsen haben sich die Kommunisten an die sozialdemokratische Regierung gewandt und gefordert, daß sie gemeinsam mit den Betriebsräten diese Maßnahmen einleiten soll. Das hat die Regierung abgelehnt, weil sie mit den Bürgerlichen liebäugelt. Die Betriebsräte aber müssen statt dessen eine Arbeiterregierung fordern, die sich stützt auf die Klassenorgane der Proletarier.

Der preußische Ing. Dr. **Schmidt** aus Bad Elster gab bereits ein erschütterndes Bild über die grauenhaften Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterschaft. Wir haben wieder ähnliche Verhältnisse, wie während des Krieges, es werden keine genauen statistischen Angaben mehr über den Gesundheitszustand gemacht. Infolge Unterernährung, sehr schlechter Wohnungen und der Ueberarbeitung richtet **Tuberkulose** und **Sterbung** große Verheerungen im arbeitenden Volk an. Da die Regierung nichts unternimmt, im Gegenteil nur die Verteuerung des Brotpreises beschließt, müssen die Arbeiter und die Betriebsräte zur Selbsthilfe greifen.

Auch an die Referate schloß sich eine lebhafte, ausgiebige Diskussion.

Vorbereitung des Reichsbetriebsrätekongresses

Darauf ergriff Genosse **Henke** das Wort zu seinem Referat: In allen Teilen Deutschlands spürtet die Betriebsrätebewegung voran, wir in Sachsen sind stolz, einen solchen Kongreß zusammengebracht zu haben. Jetzt gilt es weiter zu arbeiten und den Reichsbetriebsrätekongreß vorzubereiten. Das beste Mittel zur Heranziehung aller Kreise ist die proletarische Tat.

Nach kurzer Diskussion wurde eine Reihe von Anträgen und Resolutionen einstimmig angenommen, ein Antrag gegen die Klassenjustiz und für Freilassung von Hölz wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf wurde ein Landesausschuß gewählt.

Auf dem Kongreß waren anwesend: gewählte Vertreter aus Westsachsen 115, gewählte Vertreter aus Erzgebirge-Vogtland 82, gewählte Vertreter aus Ostsachsen 87, 4 Kontrollausschußvertreter, 6 Vertreter der Arbeitslosen, 19 Vertreter mit nicht genügend klaren Mandaten aus verschiedenen Bezirken, zusammen 311 Delegierte.

Als Gäste waren u. a. anwesend: 3 Betriebsräte aus der Tschechoslowakei, 1 Vertreter der KPD., 1 Vertreter der Freien Studentenschaft (Leipzig), 1 Vertreter des Lehrervereins Sachsen, 1 Vertreter des Mieterschutzvereins Sachsen, 15 Mitglieder des Reichsarbeitsausschusses der Betriebsräte, etwa 400 weitere Betriebsräte.

Die gewählten Delegierten gehören verschiedenen Parteien an: 237 der KPD., 37 der USPD., 7 der Gruppe Ledebour, 26 Parteilose, 2 Unionisten. Die Delegierten vertreten 242 Betriebe mit insgesamt 400 000 Arbeitern.

Der Kongreß beschloß, alle Mandate für gültig zu erklären, so daß die Zahl der Delegierten sich auf 371 erhöht, die zirka 450 000 Arbeiter vertreten.

Der Betriebsrätekongreß in Essen

(Eigener Bericht.)

Essen, 29. Oktober.

Der Vorsitzende des Dreizehner-Ausschusses von Rheinland-Westfalen, Kollege **Schell**, eröffnet die Tagung und begrüßt die Delegierten sowie je einen Vertreter des Kontrollausschusses von Leipzig, des Reichsausschusses der Betriebsräte und die vielen Kollegen, die als Gäste der Tagung beiwohnen. Die 243 Delegierten gehören sämtlichen politischen Richtungen der Arbeiterbewegung an (211 KPD., 42 USPD., 28 SPD., 59 Parteilose, 3 Vertreter der Jugend) und verteilen sich auf folgende Verbände: Hirsch-Dunker 13, Christliche 11, Syndikalisten 15, Union der Hand- und Kopfarbeiter 64, Freigewerkschaftliche Verbände: Buchdrucker 3, Bäcker und Konditoren 1, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1, Hotel- und Cafeangestellten 2, Asa 8, Gemeinde- und Staatsarbeiter 9, DEV. 8, Transportarbeiter 14, Fabrikarbeiter 6, Holzarbeiter 8, Bekleidungsarbeiter 2, Lederarbeiter 1, Glasarbeiter 3, Maler und Lackierer 3, Textilarbeiter 14, Bauarbeiter 14, Bauarbeiter (Chemnitzer Richtung) 2, Zimmerer 2, Heizer und Maschinisten 4, Kupferschmiede 1, Bergarbeiter 18, Metallarbeiter 101, freie Gewerkschaften ohne Verbandsangabe 15, außerdem Verband der Industriearbeiter 2.

Nach der Wahl des Bureaus und der Mandatsprüfungskommission erhält als erster Redner Kollege **Hennig** (Berlin) das Wort zu seinem Bericht über

die Teuerungsbewegung im Reiche.

Er berichtet über die Bewegung in Berlin und in den übrigen Bezirken des Reiches. Neben dem Industrieproletariat stehen in Berlin auch große Teile der Eisenbahner und Beamten geschlossen hinter der Bewegung. Ihre Stärke wird am besten charakterisiert durch die Tatsache, daß bis jetzt schon 750 000 Mk. gesammelt wurden. In Ostpreußen stehen neben den Arbeitern die Eisenbahner geschlossen hinter der Bewegung. Selbst die Kleinbauern sympathisierten mit den Betriebsräten. In mehreren kleinen Ortschaften wurden von den Kleinbauern allein über 150 000 Mk. aufgebracht. Für die Rheinländer wäre es von Interesse, zu erfahren, daß die schlesischen Bergarbeiter geschlossen hinter der Teuerungsbewegung stehen. Auch in Mecklenburg gehen die Landarbeiter daran, Kontrollausschüsse zu bilden.

Nachdem der Redner noch in ähnlichem Sinne von fast allen Provinzen und Bundesstaaten berichtet hatte, ging er auf die Verhandlungen des Reichsausschusses mit dem ADGB. ein. Er kritisiert das passive Verhalten dieser Instanzen und tritt scharf der Verleumdung entgegen, daß die Betriebsräte die Gewerkschaften zerstören wollen. Ebenso wendet man sich gegen das Eingreifen der Behörden (Verhaftungen, Zeitungsverbote) gegen die Bewegung, und schließt mit der Aufforderung, dafür zu sorgen, daß nicht nur Kontrollausschüsse geschaffen werden, sondern daß die ganze Bevölkerung hinter den Ausschüssen steht.

Teuerungsbewegung in Rheinland-Westfalen

Zu diesem 2. Punkt der Tagesordnung berichtet einleitend Kollege **Schell**, wie trotz aller Sabotageversuche der Gewerkschaftsbureaukratie die Bewegung überall festen Fuß gefaßt hat und die Arbeiter des Industriegebietes erkannt haben, daß sie zur Selbsthilfe greifen müssen. Alsdann spricht Hans **Kollwitz** (Mülheim) über:

Die Aufgaben der Gewerkschaften und Betriebsräte, Produktionskontrolle und Kontrollausschüsse

Die reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer haben seit Jahren das Proletariat jedesmal bei großen impulsiven Massenbewegungen durch Aufstellung von allen möglichen Forderungen und Schlagwörtern, wie „die Sozialisierung marschiert" usw., von ihrem eigentlichen Ziel abgelenkt. Das neueste Manöver ist die Komödie mit der Devisenverordnung. Die Praxis zeigt, daß mit diesen Manövern die Arbeiterschaft nur betrogen wird. Die Sachwerte werden jetzt nicht von der deutschen Regierung erfaßt, sondern mit Hilfe der Stinnes und Konsorten an das ausländische Kapital verschachert, um dann mit den Entente-Bajonetten die deutsche Arbeiterklasse niederzuhalten. Außerdem sind für einen eventuellen Widerstand der Arbeiterklasse im hiesigen Industriegebiet ungeheure Truppenverstärkungen der Reichswehr durchgeführt.

Der Redner schildert dann ausführlich das Entstehen der proletarischen Selbsthilfe gegen diese reaktionäre Entwicklung und gegen die Teuerung, und zeigt an dem Beispiel von Hamborn, daß Einzelaktionen scheitern müssen, wenn nicht durch Zusammenwirken aller Kontrollausschüsse im ganzen Reich das Uebel an der Wurzel angefaßt wird. Nur durch die Kontrolle der Produktion in den Schlüsselindustrien und der Landwirtschaft könne ein Erfolg erzielt werden, und die Arbeiterschaft vor dem Untergang ins Elend bewahrt werden.

In der Diskussion

sprach als erster ein Vertreter der Jugend, der die Wichtigkeit des Zusammenarbeitens zwischen jugendlichen und erwachsenen Arbeitern betonte. **Kielhorn** (Stoppenberg): Wir Bergarbeiter erkennen heute, daß das Ueberschichtenabkommen der erste Schlag gegen den Achtstundentag bedeutet. Mehr denn irgendwo anders ist im Bergbau die Bildung der Einheitsfront notwendig. **Möller** (Hattingen): Ich vermisse in allen Resolutionen die Forderung des **Generalstreiks**. Wir müssen zu diesem Kampfmittel greifen. **Löhner** (Solingen): Im Mittelpunkt der Kämpfe der nächsten Zeit wird die **Erhaltung** der letzten revolutionären Errungenschaft, des Achtstundentages, stehen.

Graul, als Vertreter der KPD., Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord und **Weber** (KPD., Bezirk Süd), betonen, daß sich die KPD. mit ganzer Kraft hinter die Bewegung stelle, der sich Arbeiter aller Richtungen angeschlossen hätten. Es sprechen sich noch eine Reihe von Diskussionsrednern im Sinne des Referenten und der vorgelegten Resolution aus.

Ueber die Aufgaben der Konsumgenossenschaften und Kampf gegen die Teuerung

referiert Betriebsra: **Lüpken** (USPD., Remscheid). Er legt dar, welch wichtige Funktion die Genossenschaften in dem Kampf zu erfüllen haben, daß sie aber heute leider noch zum größten Teil in den Händen von Reformisten sind. Aufgabe des revolutionären Proletariats wäre es, dafür zu sorgen, daß der letzte Arbeiter, Angestellte und Beamte den Konsumgenossenschaften beitrete, um aus ihnen ein Instrument des Klassenkampfes zu machen. In der hier anschließenden Diskussion wird vor allem die konsumentenfeindliche Steuergesetzgebung der Regierung und die falsche Preispolitik der Genossenschaftsleitung diskutiert.

Zum Wohnungselend

referierte Kollege **Stahl** (Buer). Er streifte die Wohnungsgesetzgebung und die Wohnungsnot im ganzen Reich und geht besonders auf die große Not in Rheinland-Westfalen ein. Er kommt bei seinen interessanten Ausführungen zu dem Schluß, daß **die Wohnungsnot nicht in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sondern nur durch eine proletarische Regierung und Durchführung des Kommunismus beseitigt werden kann. Deshalb müßte auch auf diesem Gebiet das Proletariat mit Hilfe der Betriebsrätebewegung den Kampf aufnehmen. Als unmittelbares Ziel gelte die Abschaffung der Wohnungsbauabgabe.**

Nachdem Kollege **Markowski** einen Bericht über den Ursprung und Verlauf des Kampfes bei Krupp und des Unternehmerangriffs der Vereinigten nordwestlichen Industriegruppe auf den Achtstundentag gegeben hatte, wurde zu Punkt 5 der Tagesordnung ein ständiger Betriebsrätеausschuß für Rheinland-Westfalen, bestehend aus 23 Kollegen, gewählt. Nach kurzen Schlußworten des Kollegen **Kleinschmidt** (Berlin) und des Vorsitzenden **Schell** wurde der Kongreß geschlossen.

Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung wurden eine Reihe von Resolutionen angenommen. In der Entschließung für **Produktionskontrolle und Kontrollausschüsse** werden die bekannten Forderungen erhoben und bestimmte Anweisungen für die Kontrolle in den Betrieben, Kontrolle des Verkehrs, des Handels und der Preise, Kontrolle der Banken, Kontrolle der Wohnungen und des Wohnungsbaues gegeben.

In der Entschließung zur **Genossenschaftsfrage** wird schleunigste Beseitigung der Umsatzsteuer, sofortige Staats- und Gemeindekredite, Beschaffung der notwendigen Massengüter (Bekleidung, Kohle und Lebensmittel) von Staat und den Gemeinden verlangt.

In der Resolution zur **Gewerkschaftsfrage** wird gegen die bureaukratischen Gewaltmaßnahmen protestiert und die Notwendigkeit der Geschlossenheit der Gewerkschaften betont.

In zwei weiteren Resolutionen werden die Bergarbeiter aufgefordert, **keine Ueberstunden** zu machen und außerdem aufs schärfste protestiert **gegen die Knebelung der Arbeiterpresse.** Sämtliche Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

VSPD.-Arbeiter für den Reichsbetriebsrätekongreß

(Eigene Drahtmeldung.)

Magdeburg, 31. Oktober.

Der Ausschuß der Betriebsräte Magdeburgs erläßt einen Aufruf an die Arbeiterschaft des Bezirks Magdeburg-Anhalt zur Beschickung des Reichsbetriebsrätekongresses. In dem Aufruf kommt die Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Spitzenorganisationen zum Ausdruck. Mit aller Schärfe wendet sich der Betriebsrätеausschuß gegen die Haltung der Führer der SPD. und des VSPD. sowie der sozialdemokratischen Presse. Es heißt im Aufruf: „So erhebend dieser Ausdruck des Massenwillens der Arbeiter in den Betrieben ist und so energisch die Forderungen der Arbeiter Erfüllung heischend gestellt werden, so beschämend ist das Verhalten eines Teiles der Arbeiterpresse und bestimmter Auch-Arbeiterführer!"

Gleichzeitig wird zur Wahl für die am 5. November, vormittags 11½ Uhr, stattfindende Betriebsrätеkonferenz des Bezirks Magdeburg-Anhalt aufgefordert.

Unterzeichnet ist der Aufruf von **Otto Wippert** (USPD.), Mitglied des Reichsausschusses, **Otto Kühne** (SPD.), Vorsitzender des Magdeburger Betriebsrätеausschusses, **August Weisheit** (KPD.), Schriftführer, und **Ernst Frohne** (USPD.), Kassierer.

Für den Betriebsrätekongreß

In **Breslau** wurden für den Betriebsrätekongreß gesammelt: Roth & Mittenberg (Schuhfabrik) 3960 Mk., Archimedes (Schmiedefeld) 3505 Mk., Bekleidungsbetriebe 1412, Schult (EPVM.) 1215 Mk., Städtisches Gaswerk 4: 1210 Mk. Von den Kollegen aus Langwaltersdorf 1111 Mk., Städtischer Hafen 785 Mk. Wirttembergische Schuhfabrik 648 Mk., insgesamt 13844 Mk. Ueberall nachmachen und übertrumpfen!

1,5 Millionen fehlende Wohnungen

Erfolge der kapitalistischen Aufbauwirtschaft

Während die Zahl der in Deutschland fehlenden Wohnungen im Oktober 1920 nur rund 800 000 betrug, beläuft sie sich jetzt auf rund 1,5 Millionen, hat sich also in knapp zwei Jahren ungefähr verdoppelt. In den letzten Jahren sind nur rund 180 000 neue Wohnungen geschaffen worden gegenüber einem jährlichen Bedarf von 150 bis 160 000; dabei sind aber von den 180 000 Wohnungen noch rund 40 bis 50 000 sogenannte Notwohnungen und zirka 40 000 Werkswohnungen, die für die Allgemeinheit nicht in Betracht kommen. Im ganzen ersten Vierteljahr 1922 wurden insgesamt nur 5267 Wohnungen errichtet.

Diese Zahlen illustrieren prächtig die segensvolle Aufbauwirtschaft des Kapitals mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft und der Koalitionspolitik.

Die armen Aktionäre

Die kapitalistische Presse läßt sehr gerne die Aktionäre als bedauernswerte Geschöpfe erscheinen. Sie hätten das Kapital in Gold eingezahlt, bekämen aber Dividende in Papiermark. Das stimmt nicht ganz. Die riesenhaften Kapitalserhöhungen der letzten Zeit sind nicht in Gold, sie sind in Papiermark eingezahlt worden. Vielfach stammen sie überhaupt nicht aus Einzahlungen, sondern aus nicht ausgeschütteten Gewinnen. So hat jetzt die Mimosa A.-G., Dresden, beschlossen, neue Aktien im Betrage von 2,33 Millionen Mark aus der Gewinnreserve zu bezahlen. Die Aktionäre bekommen Gratisaktien und auf Gratisaktien nachher Dividenden.

Die Köln-Lindenthaler Metallwerke erhöhen das Aktienkapital von 25 auf 45 Millionen Mark. Die nächste Dividende wird auf 40% geschätzt, an der schon das erhöhte Aktienkapital beteiligt sein soll.

Die Eisenwerke Gaggenau erhöhen ihre Ausschüttung von 12 auf 60%, die Kalker Maschinenfabrik, A.-G., von 25 auf 50%, die Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien von 26 auf 60%, man könnte 100% verteilen. Man spart für die Zukunft, als außerordentliche Abschreibungen werden 8,53 Millionen Mark verbucht. Der Aufsichtsrat der Sächsischen Guß-Stahlwerke Döbeln beantragt 40% Dividende, der Aufsichtsrat der Archimedes A.-G. für Eisen- und Stahlindustrie bringt 65% in Vorschlag gegen 45% im Vorjahre.

Bei solchen Ausschüttungen können es die armen Aktionäre wirklich schon aushalten.

Süßer Lohn

Die Gebr.-Stollwerk-A.-G. in Köln hat mit der Schokolade im vergangenen Jahre rieesig verdient. Obwohl die Abschreibungen von 1,3 Millionen auf 12 Millionen Mark erhöht worden sind, verblieb trotzdem ein um mehr als das Fünffache gesteigerter Reingewinn; er erhöhte sich von 1,9 Millionen Mark auf 10,5 Millionen Mark. Die Stammaktionäre bekommen 40 Prozent.

175 Prozent Ausschüttung

Die Maschinenfabrik Akt.-Ges. (Karges-Hammer) in Braunschweig, die im vergangenen Jahre 125 Prozent ausgeschüttet hatte, kann den Aktionären für das letzte Jahr 175 Prozent zufließen lassen. Die glücklichen Aktionäre sind selbstverständlich der Ueberzeugung, daß nur die unverschämten hohen Löhne es verhinderten, daß nicht 300 Prozent ausgeschüttet werden können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221031-18/fragment/page=0002

Blutiger Bergarbeiterstreik in Oberschlesien

(Eigener Bericht.)

Breslau, 31. Oktober.

In Knurow, Kreis Rybnik, in Ost-Oberschlesien, ist es zu einem Ausstand der Bergarbeiter gekommen. Die Belegschaft der dortigen Grube in Stärke von 800 Mann versammelte sich vor der Grube, um eine Reihe wirtschaftlicher Forderungen von dem Direktor zu erzwingen. Die Polizei mußte sich vor der Uebermacht nach Abgabe von einigen Salven zurückziehen.

Gemeindewahlen bis 1. April 1923

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 31. Oktober.

Die kommunistische Fraktion im Preußischen Landtag hat den Antrag gestellt, daß das Staatsministerium beauftragt wird, bis spätestens 1. April 1923 in allen Gemeinden Preußens Neuwahlen zu den Gemeindeparlamenten anzuordnen.

*

Dieser kommunistische Antrag wird alle Parteien im Landtag zwingen, endlich klar zu dem Skandal Stellung zu nehmen, daß noch heute, vier Jahre nach der Revolution, die zu Anfang des Jahres 1919 gewählten Gemeindeparlamente ihre Mandate ausüben. Die preußische Regierung versteckt sich hinter der von ihr verschleppten neuen Städteordnung, die noch immer dem Landtag nicht zugegangen ist; aber es liegt Grund vor, die Wahlen wegen der Städteordnung, die das Wahlrecht nicht anzutasten hat, hinauszuschieben. Es ist ganz klar, daß die Sozialdemokratie und die Demokraten es sind, auf deren Einfluß die Verzögerung der Kommunalwahlen zurückzuführen ist, weil diese Herrschaften heute in den Gemeindeparlamenten einen Einfluß ausüben, der ihnen längst nicht mehr zusteht. Dem kommunistischen Antrag gegenüber werden sie nunmehr offen Farbe bekennen müssen.

Streik der Eisenbahner in Ludwigshafen

(Eigene Drahtmeldung.)

Ludwigshafen, 31. Oktober.

Wegen Nichtauszahlung einer geforderten Teuerungszulage ist im Bezirk der Eisenbahndirektion Ludwigshafen ein Teilstreik ausgesprochen. Sogar die Annahme von Eilgütern wurde gesperrt.

„Der wahre Jakob" beschlagnahmt

TU. Stuttgart, 30. Oktober.

Durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart wurde die neueste Nummer des sozialistischen Witzblattes „Der wahre Jakob" wegen eines Gedichtes „Denkt an den 9. November" beschlagnahmt.

*

Das ausgerechnet „Der wahre Jakob" von den Behörden der rechtssozialistisch-bürgerlichen Regierung in Württemberg beschlagnahmt wird, ist ein besserer Witz, als er jemals in den Spalten dieses sehr traurigen „Witzblattes" fabriziert worden ist. Die Behörden der am 9. November entstandenen Republik dulden es nicht, daß ein rechtssozialistisches Witzblatt an den 9. November erinnert. Vielleicht klagt man den „Wahren Jakob" noch auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik an. Das würde dem Witz eine noch bessere Pointe geben. So wendet sich heute die Koalitionspolitik bereits gegen die Rechtssozialisten selbst und gegen ihre Presse.

Wahlpropaganda nach Schiebermoral

Die VSPD. betreibt Wahlpropaganda nach Schiebermoral. So läßt sie z. B. ihre Schulpolitik in Sachsen öffentlich loben: „Zunächst werden sämtliche Etatskapitel, die sich auf Schul- und Bildungswesen beziehen, wesentlich erhöht. Das trifft namentlich zu für die Volksschulen und die zu ihrer Hebung benötigten Einrichtungen, wie das Institut für experimentelle Psychologie und die Comeniusbücherei. — Auch die Unterstützung für Schulbauten muß hier mit einbegriffen werden. Die genannten Kapitel werden verdoppelt bis verzehnfacht."

Ein so offenkundiger und durchsichtiger Schwindel ist wohl noch selten in einem Wahlkampf verbrochen worden. — Lassen wir demgegenüber die nackten Zahlen des Haushaltplanes der sozialistischen Regierung für 1921 sprechen. Danach wurden zum Zwecke von Neubauten eingesetzt:

Für Gendarmerie-Siedlungen	**45**	**Millionen Mark.**
für Gefängnisse und Anstalten	4,5	„ „
für die Universität Leipzig	9	„ „
für Technische Hochschule Dresden	6,5	„ „
für Volksschulen	1	**Million** „

Arbeiter, Angestellte, Beamte, das ist die raue Wirklichkeit. 65 Millionen zur Knebelung des Proletariats und zur Steigerung des Bildungsgrades der Besitzenden.

1 Million für die Volksschulen, die bei den fabelhaften Baustoffpreisen gerade ausreicht, einige Dorfschulgebäude vor dem drohenden Einsturz zu bewahren.

Das Ganze nennt man dann: Sozialistische Kulturpolitik!

Wenn zwei dasselbe tun . . . .

Der „Vorwärts", der bald nicht mehr weiß, wie er sich durch die vielen Widersprüche der vereinigten sozialdemokratischen Stinnespolitik hindurchwinden soll, polemisiert in seiner Nummer vom 28. Oktober gegen den Deutschnationalen und Exminister Hergt. In Görlitz sind die Deutschnationalen seit dem Parteitag vereinigt. Hergt, der Parteivorsitzende, eröffnete den Parteitag mit einer Kampfansage an die Arbeiterschaft. Niemand konnte etwas anderes erwarten. Aus seiner Rede zitiert der „Vorwärts" folgende „Kernsätze":

„Es ist eine Kurzsichtigkeit ohnegleichen, daß man der deutschen Landwirtschaft im Zwangswege angemessene Preise vorenthält. Es muß endlich einmal eine Partei geben, die das Problem des achtstündigen Arbeitstages mit Namen nennt. Diese Partei müssen und können nur wir sein. Das Gebot der Stunde heißt: Mehrarbeit auf Kosten des Achtstundentages."

Angemessene Preise, das bedeutet, die Agrarier wollen sein leben und ihr Vermögen vergrößern. Darum sollen die Arbeiter mehr schuften und noch mehr hungern. Weisheitsvoll bemerkt dazu der „Vorwärts":

„Und diese Mehrarbeit sollen die Arbeiter bewilligen aus Furcht vor der — Arbeitslosigkeit! Man staunt über Herrn Hergts sozialpolitische Einsicht."

Der „Vorwärts" scheint schon vergessen zu haben, daß zwei Tage vorher der Sozialdemokrat Robert Schmidt ganz allgemein eine Mehrarbeit durch Ueberschichten verlangt hat. Will sich der „Vorwärts" etwa über die sozialpolitische Einsicht des Herrn Robert Schmidt lustig machen?

Schupo wird rücksichtslos versetzt!

Der amerikanische Industriekönig Vanderlip sagte im August: „**Der Niedergang der Mark wird industrielle Depression, Arbeitseinstellung, Preissteigerung und soziale Unruhen im Gefolge haben.**" Das befürchten auch die deutschen Großindustriellen, und darum haben sie der Regierung befohlen: Verstärkung der Schupo in den Industriegebieten, Grüne nach Rheinland-Westfalen!

Wie rücksichtslos sich die Behörden dabei über die berechtigten Wünsche der einzelnen Schupobeamten hinwegsetzen, davon zeugt folgender Bericht aus einer Versammlung der Polizeibeamten in Bottrop:

„Eine große Anzahl von Klagen wurde von den aus Ostpreußen zur hiesigen Schutzpolizei versetzten Kameraden vorgebracht. Ueber 40 Prozent der eingetroffenen Beamten waren verheiratet, haben meist innerhalb 48 Stunden Frau und Kind, zum Teil auch eigenen Haus- und Grundbesitz verlassen müssen, ohne daß eine zwingende Notwendigkeit vorlag."

Wer auf Gott vertraut . . .

Einem Bericht aus Schlesien zufolge ist in einem Ort des Kreises Frankenstein dem Ortsgeistlichen ohne seinen Willen der ganze Kraut ader abgeerntet worden. Dafür fand der Pfarrer einen Zettel mit folgender Aufschrift vor: „Wer auf Gott vertraut, der braucht kein Kraut."

Was ist Wucher?

Für einen Doppelzentner Eierkartoffeln forderten Agrarier in Holstein 3000 Mk., für Magnum bonum 1800 Mk., für ein Pfund Kartoffeln 9 bis 15 Mk. Das ist kein Wucher, sonst würden Agrarier derartige Preise nicht verlangen.

Der Wucher auf den Häuteauktionen. WTB. meldet aus Hamburg: Die heute hier abgehaltene Auktion der Norddeutschen Häuteverwertung, die teilweise sehr stürmisch verlief, ergab für Großviehhäute durchschnittlich dreifach erhöhte Preise gegenüber September. Pro Pfund wurden bis über 700 Mark bezahlt. Die Arbeiter werden bald ohne Schuhe herumlaufen können, wenn sie nicht dem Wucher ein Ende bereiten.

Offener Brief an den Bergarbeiter-Verband

Essen, den 27. Oktober 1922.

An den Hauptvorstand
des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands
in Bochum, Wimmelhauser Straße.

Werte Genossen!

Des öfteren sind wir schon an Euch herangetreten mit der Aufforderung, gemeinsam den Kampf gegen die Verelendung der Bergarbeiterschaft aufzunehmen. Ihr habt bisher jedesmal unsere Forderungen abgelehnt. Heute, da die Bergarbeiterschaft sich in größerem Elend befindet und von größeren Gefahren bedroht ist, als jemals seit Beendigung des Krieges, wenden wir uns neuerlich an Euch mit der Aufforderung:

gemeinsam mit uns den Kampf aufzunehmen gegen die Aushungerung der Bergarbeiterschaft und ihre völlige Entrechtung und Auspressung.

Ihr habt für die zweite Hälfte des Monats Oktober eine Lohnerhöhung von 100 Prozent gefordert. Dies ist bei einem Dollarstande von über 4000 Mark eine minimale Forderung, die die zum Klassenkampf entschlossene Bergarbeiterschaft durchsetzen kann, wenn sie geschlossen vorgeht. Der Schiedsspruch, der am 25. Oktober in Berlin gefällt worden ist, lehnt jedoch jede Lohnerhöhung für die zweite Hälfte des Oktober ab. Er bietet der Arbeiterschaft nur eine Lohnerhöhung von 50 Prozent ab 1. November, die überdies noch nicht für alle Bergarbeiter gelten soll.

Dieses Verhalten der Bergherren bedeutet nichts anderes, als eine freche Provokation der Bergarbeiter, die nur dadurch zu erklären ist, daß die Unternehmer auch heute noch auf die Hilfe der in der Arbeitsgemeinschaft befindlichen Verbände rechnen zu können glauben. Schon vor Monaten hat der deutsche Gewerkschaftskongreß in Leipzig sich für ein Ausscheiden aus der Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen. Die Gründe, die damals für diesen Beschluß angeführt werden konnten, sind inzwischen durch die rasend zunehmende Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft tausendfach bestätigt und bekräftigt worden. Das gilt in ganz besonderem Maße von den Verhältnissen, unter denen die Bergarbeiter leben.

Wir richten deshalb den dringenden Appell an Euch, der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum unverzüglich den Rücken zu kehren.

Vielleicht, daß Ihr dadurch auch aus der Arbeitsgemeinschaft mit dem Christlichen Bergarbeiterverband losgelöst würdet, einem Verbande, der seiner ganzen Tradition nach nur wenig auf einen wirklichen Kampf gegen das Unternehmertum eingestellt ist. Dafür würdet Ihr aber die Arbeitsgemeinschaft mit der **Union der Hand- und Kopfarbeiter** eintauschen können, die einzige Gemeinschaft, die Euch wie uns die Möglichkeit geben würde, mit weitgehendster Aussicht auf Erfolg den uns von den Unternehmern aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und bis zum guten Ende durchzuführen.

Weder Ihr, noch wir sind heute allein imstande, einen auskömmlichen Lohn für die Bergarbeiter zu erkämpfen. Wenn aber die Massen des Bergarbeiterverbandes mit denen der Union der Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam zum Kampfe vorgehen, dann muß es uns gelingen, die jetzigen Elendslöhne zu beseitigen und die notwendigen Reallöhne zu erkämpfen. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter ist zu einem solchen geschlossenen Vorgehen bereit und fordert Euch zum gemeinsamen Kampfe um höhere Löhne auf.

Akkordsystem ist Mordsystem, hat Hue der Bergarbeiterschaft tausendmal gesagt.

Der Schiedsspruch vom 25. Oktober will jetzt ein **gesteigertes Akkord- und Prämiensystem im Bergbau** einführen. Die Bergarbeiter, deren Kräfte so verbraucht und ausgemergelt sind, daß sie bei der achtstündigen Arbeitszeit kaum mehr leisten können als in sieben Stunden, sollen durch **Prämien zum Raubbau an ihrer Arbeitskraft** verleitet werden. Das durch den Schiedsspruch vorgeschlagene Prämiensystem würde das heutige **Antreibersystem** ins unerträgliche steigern, wenn dieser Schiedsspruch angenommen würde, es müßten das Zehntausende von Bergarbeitern jährlich **mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit** bezahlen. Die Zahl der Unfälle würde sich ungeheuer vermehren, die Lebensdauer des ewig gehetzten und getriebenen Bergarbeiters wäre noch mehr verkürzt.

Wir fordern Euch auf zum gemeinsamen

Kampf gegen dieses neue Mordsystem.

Als Ihr, der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, im Sep[illegible] das Ueberschichtenabkommen mit den Zechenherren vereinbart habt, ward Ihr trotz unserer Warnungen in der irrtümlichen Annahme, daß Ihr dadurch den Wert des deutschen Geldes erhöhen könntet. Damals hatte der Dollar einen Wert von etwa 1500 Mark. Heute, nach ungefähr zwei Monaten, steht der Dollar auf 4500 Mark. Ihr müßt einsehen, daß es Wahnsinn ist, zu glauben, daß auf solchem Wege der Wert des deutschen Geldes gehoben werden könnte. Die schweren Opfer, die die Bergarbeiter gebracht haben, sind **vollkommen umsonst**, sie haben nur eine einzige Folge gehabt und zwar: Das Kapital ist heute noch frecher und aggressiver geworden und verlangt noch mehr Opfer von den Bergarbeitern wie der gesamten übrigen Arbeiterschaft. Das Kapital ist am Werke, den Achtstundentag zu beseitigen und verlangt auch von allen übrigen Arbeitern Aufgabe ihrer durch die Revolution erkämpften Arbeitszeit, unter Berufung darauf, daß die Bergarbeiter ihre Siebenstundenschicht freiwillig aufgegeben haben.

So spielt das Kapital eine Arbeitergruppe gegen die andere aus. Wenn die Bergarbeiter sich eine Arbeitszeitverlängerung noch weiter gefallen lassen, dann üben sie

Verrat an der gesamten deutschen Arbeiterschaft

und erschweren ihr die Verteidigung des Achtstundentages. Wenn aber erst einmal den Metallarbeitern und anderen Arbeitergruppen der Achtstundentag geraubt sein sollte, dann wird es auch für die Bergarbeiter kaum mehr möglich sein, sich die Siebenstundenschicht wieder zu erringen.

Deshalb fordern wir Euch auf, das Ueberschichtenabkommen zu kündigen und mit uns gemeinsam einen Kampf zur Sicherung der Siebenstundenschicht gegen alle tarifmäßigen und wilden Ueberschichten zu führen.

Mögen überall sofort Belegschaftsversammlungen stattfinden, die Stellung nehmen zu den oben besprochenen Punkten. Wir sind überzeugt, daß die gesamte Bergarbeiterschaft es mit Freuden begrüßen würde, wenn der Bergarbeiterverband mit der Union gemeinsam den Kampf aufnimmt:

Gegen das Antreibersystem!
Gegen Verlängerung der Arbeitszeit!
Für Erhöhung der Reallöhne!

Mit uns wartet die Bergarbeiterschaft auf Eure Antwort. Hoffentlich seid Ihr diesmal bereit zu der vorgeschlagenen gemeinsamen Abwehraktion und zur Beratung über die Schritte, die zu tun sind.

Mit Glückauf:

Die Reichszentrale der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands.

Dollar heute 4550 Mark

Beste Qualitätswaren billigste Preise enorme Auswahl

sind nach wie vor

schlagende Beweise

unserer anerkannten

Leistungsfähigkeit.

Unsere Auslagen überzeugen Sie davon.

4308

Geschäftshaus **J. Lewin** Marktplatz 2—3.

Gründung 1859.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221031-18/fragment/page=0003

K·P·D

Kommunist. Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 147 a. — **Postscheckkonto** Leipzig 107 003. **Artur Sämisch**, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 147 a. Geschäftszeit: Täglich 9—1 und 4—7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Betriebsvertrauensleute. Heute von 4—7 Uhr vom Ortsbureau Material abholen.

Fraktion der kommunist. Bauarbeiter. Mittwoch, den 1. November, abends 7½ Uhr, im „Volksparl" (Rauchzimmer): **Wichtige Sitzung.** Alle komm. Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter müssen erscheinen. Parteibuch legitimiert.

Fraktion der Eisenbahner. Sonnabend, den 4. November, abends 7 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" (Saal): **Stellungnahme zu wichtigen Vorgängen.** Jeder komm. Eisenbahner muß erscheinen. Referent: zur Stelle. Material muß restlos abgerechnet werden. Parteibuch ist vorzuweisen.

Distrikt 16. Freitag, den 3. Novbr., abends 8 Uhr, in der „Quelle": **Distriktsversammlung.** Referent: Genosse Richter.

Distrikt 21. (Böllberg-Wörmlitz.) Mittwoch, den 1. November, abds. 7½ Uhr, bei Schmidt, Böllberger Weg: **Wichtige Sitzung** aller Funktionäre, Hundert- und Zehntschaftsführer.

Heller-Saalkreis.

Diesdorf. Donnerstag, 2. Nov., abds. ½8 Uhr, im Gasthof Frenzel: **Mitglieder-Versammlung.** Ref.: Genosse Gustav Bormann, Halle.

Kreis Delitzsch.

Delitzsch. Sonntag, 5. Nov., vormittags 10 Uhr, im „Lindenhof": **Frauen-Kreiskonferenz.**

Kreis Merseburg.

Leuna u. Berge. Mittwoch, den 1. November: **Bildungskursus.**

Kreis Zeitz.

Zeitz. Mittwoch, den 1. November: **Bildungskursus.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Zentral-Verband der Schuhmacher,
Zahlstelle Halle a. d. S.

Die am 25. Oktober in Magdeburg stattgefundenen Lohnverhandlungen führten zu folgendem Ergebnis: Erhöhung der bis 31. Oktober gültigen Stundenlöhnes ab 1. November um 18 Mk. 4304

Es ergeben sich demnach folgende Stundenlöhne: I. Klasse Mk **92,—**, II. Klasse Mk **90,50.** Diese Löhnsätze haben Gültigkeit bis 17. November.

Pflicht aller Kollegen ist es nun, für Zahlung dieser Löhne zu sorgen, umsomehr, da uns schon Fälle bekannt sind, wo die Arbeitgeber angeführt wurden, wo die Gehilfen für einen weit niedrigeren Lohn arbeiten und sogenannte Sonderstarife abschlossen. **Die Ortsverwaltung.**

Herrenstoffe
stets in größter Auswahl 4315
Tuche, Marengo, Marineblau, Futterstoffe, Manchester.
Friedr. Gustav Ruhland,
Leipziger Straße 33, 2 Tr.

Alte Gebisse
die vor dem Kriege gefertigt und Platingähne enthalten, haben einen hohen Wert.
Ich zahle für einen
Zahn 500 M. und mehr,
gebrauchte weniger. 4308
Wertesschätzung kostenlos.
Reelle Bedienung zugesichert.
F. Backhausen,
Bölbergasse 4, I. links.

Die höchsten Preise
für alle Sorten **Felle, Häute** und **Wolle**
zahlt **nur** die Firma
Paul Sitte & Co.
Mittelmacke 13 u. Glaucharstr. 4.
Händler und Fleischer
Vorzugspreise. 4314

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Vereine

benötigen

Drucksachen!

Bestellt hier, bei der **Prod.-Genossenschaft i. Halle,** Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jeb. Mittwoch, ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Gleichensteiner Arbeiter-Liederlafel
Vereinslokal: „Lüber. Berg". Reilst. Jeb. Freitag, abds. 8 U.: **Singestunde**

Frauen- und Mädchen-Chor. Jeb. Donnerst., ab 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Die Naturfreunde. Stadtg.: Weidenpl. Jeb. Dienst., nachm. im Heim, Weidenplan 20: Kindergruppe. Heute, Dienstag: Gruppen-Abende. Süden: Turnhalle, Mitte: Heim, Lauentiustr. 3, Norden: Mittelschulhalle. Sonnabend, abds. 7 Uhr, im kleinen Saale des „Volksparks": 1. Geselliger Abend. Bringt Instrumente mit

Instrkl. Freidenker. (Ortsgruppe Halle). Jeb. Dienstag nach d. 15., i. d. „Prod.-Genossenschl.": **Mitglied.-Versammlg.** Gäste willkommen.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. **Halle.** Geschäftsstelle: Zinksgartenstraße 15.

I. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im „Reichenhalle der Charlottenschule: Uebungsstunde.

Proiet. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal: „Lüber. Berg". Heute, Dienstag, v. 5-7 Uhr, i. Lüber. Berg: Kindergruppe v. ½5 Uhr, i. „Lüber. Berg": Diskussions-Abend. Donnerstag, abds. 7 Uhr, in „Lüber. Berg": Uebungsstunde der Musik-Abteilung.

Arb.-Samar.-Kol. Halle Jeb Dienstag, in d. Martinschul „Charlottenstr., Zim. 16: **Uebungsstunde** unärztlicher Leitung. Sonntag, d. 5. Nov., vorm. 9½ Uhr, i. d. „Gold. Kette": **Mitglieder-Versammlg.**

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.). Jeden Freitag, von ½5 bis ½10 Uhr, im „Volksport": Kassenstunden.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. Bezirks des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Uebungsstunden: Mittwoch, 8-9 Uhr: Damenabteilung. Donnerstag, 7-8 U. Jugendabteilung. — 8-9 Uhr: Männerabteilung. Donnerstag, 2. November, 2. und 3 Mannsch.: Wasserball. Kanu-Abteilung. Freitag, 3. November, abds. 7 Uhr, in d. Pirowitz „Hansellen-Schule": Sitzung. Sonntag, 5. November, früh 10 U.: Techn. Kursus bei Gem. Jürgens, Saarbergstr. 18.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle.

Sportkl. 1909 Vereins.: Zur Blume, Lerchenfeld 29. Uebungsstunde i. d. Johannesschule. Montag, Schülerabteilg.: Von 6 bis 7 Uhr. Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr. Donnerst., Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr. Versammlung: Jeb. Sonnabend nach d. 1. im Monat.

Komm. Arb.-Jugend. Ortsgr. Halle a. S.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Jeb. Montag, n. 4½ d. 7½ Uhr: Mandolinenstunde. Schüler: Mandol.-Unterricht werd. bis Jan. ist nicht mehr angenommen.

Zum Moralunterricht. Alle Kinder, welche Ostern die Schule verlassen, melden sich Verchenfeldstraße 14.

Kom. Jugend. Halle. Rathausstraße 16. Heute, Dienstag: Spielen 7 abds. pünktlich 7 Uhr: Bez.-Leitg.-Sitzung. Mittwoch, pünktlich 7 Uhr, im Heim: Zentr.-Vorstands-Sitzung. Zentral, i. Heim: Mandol.-Uebungsstunde. — i. Heim: U.-Bez.-Leitg.-Sitzung. — Gruppe Süd, in der Taubenschule: Diskussions-Abend. Freitag, Gr. Nord i. Zentr., i. Heim: Vorträge-Abend. Sonntag, vormitt. 9½10 Uhr: Weiterbildung d. Zoolog. Instituts. Treffp.: Dompl.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Kröllwitz

Vereinsl. Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Kinder-Mand.-Abt.: Jeden Donnerstag von 6—8 Uhr.

Rietleben

Gesangver. Lyra Sonnabend, 4. Nov., abends 8 Uhr: Singestunde. Mittwoch, d. 1. Nov.: Mittwirken b. Soermus-Konzert.

Alle Sorten Felle
kauft zu allerhöchsten Preisen
J. Hahn & Co.,
Marienstr. 2,
Telephon 5765

Kaufe
Puppen, Altesien, Bücher, Zeitung., Papierabfälle zu Tagespreisen!
Adolf Beer,
Kutschgasse 2.
Fernruf 2276.
Adresse merken!

Zahnlücken
ermitteln und verursachen Magenbeschwerden.
Zahnersatz sowie **Gebißreparaturen** zu noch erträglichen Preisen bei
Hildisch,
von ½10 bis 5 Uhr, Bernburger Str. 5 t. H. Cafe Rothmiß. Ich bitte der Preise halber ohne jede Verpflichtung erst mit mir Rücksprache zu nehmen. 4303

Gold-, Silber-, Platinbruch kauft ständig zu höchst. Tagespr. **Emil Perwitsch jr.,** **Marktplatz 13** Ecke Tonmarkt. 672

Größte Auswahl, billigste Preise für: **Holzbettstellen, Metallbettst., Kinderbettst., Kinderwa., Patentmatratzen, Auflegematratzen.** Erstes Spezialgeschäft am Platze **Bruno Barth,** Kleine Ulrichstr. 2 (Eing. Kunstgegasse).

Werbt für die Prod.-Genossenschaft.

Außerordentlich
billiger Verkauf!!

Nicht eindringlich genug kann ich Sie zum genauesten Vergleich meiner sämtlichen Warenangebote einladen. Je gründlicher der Vergleich, desto höher werden Sie meine Angebote zu schätzen wissen. Daß Sie blindlings kaufen sollen, nur deshalb, weil ich Ihnen von außerordentlich billigen Angeboten erzähle, wünsche ich nicht, aber verwenden Sie Ihre Warenkenntnisse und prüfen Sie mit Sorgfalt meine Angebote, ich lade Sie hiermit ohne jeden Kaufzwang ein.

Brautleute, junge Ehepaare, sparsame Hausfrauen, Hotelbesitzer und dergl.
achten Sie auf folgende Angebote:

Bettbezüge mit 2 Kissen, in weiß und bunt	Mk 3850,— 3500,— 3250,— 2950,—	**2500—**
Bettlaken	Mk 1500,— 1350,— 1280,— 1150,—	**745,—**
Inlets, federdicht	Mk 1200,— 950,—	**650,—**
Handtücher	Mk 250,— 210,— 195,— 150,—	**95,—**
Damenhemden	Mk 950,— 850,— 775,— 590,—	**475,—**
Beinkleider, offen	Mk 625,— 550,— 425,—	**298,—**
Beinkleider, geschlossen	Mk 685,— 625,— 545,—	**465,—**
Unterjacken	Mk 325,— 275,— 245,— 225,—	**145,—**
Unterröcke	Mk 825,— 650,— 575,—	**475,—**
Prinzeßröcke	Mk 1250,— 1050,— 890,—	**785,—**
Nachthemden	Mk 1750,— 1500,— 1250,—	**950,—**
Hemdhosen	Mk 1400,— 1250,— 1050,—	**985,—**
Nachtjacken	Mk 1200,— 1050,— 950,—	**750,—**
Damenschlüpfer in allen Farben		Mk **495,—**
Herren-Jagdwesten	Mk 2700,— 2200,— 2000,—	**1800,—**

Herren-Barchenthemden, Normalhemden u. Hosen, Frauen-Barchenthemden, Röcke und Hosen noch jetzt preiswert. 4310

Sternzwirn	10 Sterne	Mk **45—**
Maschinengarn	Rolle	Mk **48—**
Scheuertücher	Stück	Mk **35—**

Verkaufszeit: 9—12 und 3—5 Uhr.
— Verpackung wird stets berechnet. —

Martin Rosenthal,
nur
Schmeerstraße 5, 1 Treppe.

Versand nach auswärts, soweit Vorrat reicht.

Möbel auf Teilzahlung!
Große Auswahl kompletter Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polster-Möbel, Kleiderschränke, Vertikos, Kordmöbel, Nähtische, Stühle usw.
Leichte Zahlungsweise, bequeme Monats- oder Wochenraten.
Eichmann & Co.
Große Ulrichstraße 51, Eingang Schulstraße.
4318

*673

Most
Eine gute deutsche Schokolade

Jetzt ist es Zeit
wenn Sie Ihre alten u. zerbrochenen Schallplatten sie kaufen oder umtauschen wollen! Gebe Ihnen
für sechs alte eine neue!
oder zahle Mk 150 Mk.
Neueste Schlager: Weine nicht usw. Fedem, Erkältete, Reparaturen schnell und gut! 4311
Karl Albrecht, Halle a. S., Alter Markt 3

Empfehle meine 4315
jetzt noch preiswerten
Samt- u. Filzhüte
von 295 und 1275 Mk. an.
Umarbeitungen aller Art, Pelze prompt und billigst im
Hallischen Hutpreßgeschäft
A. Mengel,
Neue Promenade 14 (neben Prom.-Café).

Arbeits-, Militär-u. Manchesterhosen sowie sämtliche Wein- u. Wollwat. Strümpfe, Socken, Schlafdecken, Sternwolle preiswert *908
Lipper, Magdeburger Str. 25, a. Waldhalle

Modezeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Berlin. Bekleidungs-Industrie
Fabrikniederlage Halle, Alter Markt 3,
empfiehlt: 640
Anzüge, Paletots, Hosen, Arbeiter-Bekleidung
en détail en détail
zu Fabrikpreisen.

Bekanntmachung.

Das Reichsmietengesetz.

Auf Grund des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 (Reichsgesetzbl. S. 273) in Verbindung mit der Ausführungsverordnung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Juni 1922 (Gesetzsammlung S. 129) wird mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg (Beschluß vom 23. Okt. 1922 — I W 11354) festgesetzt, was folgt:

§ 1.

Zu der Grundmiete gemäß § 2 des Reichsmietengesetzes in Verbindung mit der preußischen Ausführungsverordnung zu § 2 treten folgende Zuschläge:

1. Der Zuschlag für die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückeigentümers und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung gemäß § 3, Abs. 1, Ziff. 1, des Reichsmietengesetzes beträgt 0%.

2. Der Zuschlag für Verwaltungskosten beträgt:
a) bei gewöhnlichen Häusern 15%,
b) bei zu Wohnzwecken oder gleichzeitig zu Wohn- und gewerblichen Zwecken benutzten Häusern mit **Sammelheizung** 20%,
c) bei lediglich zu gewerblichen Zwecken hergestellten Häusern mit **Sammelheizung** 30%.

Alle übrigen Bestandteile oder Nebenleistungen, und zwar die Grund- und Gebäudesteuer, die Kosten der Fahrstühle, Müll- und Schlackenabfuhr, das Wassergeld, das Schornsteinfegergeld, die Kosten der Feuerversicherung und der Haftpflichtversicherung sind nach dem Verhältnis der Grundmiete umzulegen, ebenso in Häusern mit Anschluß an die Schwemmkanalisation die Fäkalienabfuhr. Für die Treppen- und Hausbeleuchtung erfolgt die Umlegung nach Anliegern (Mietparteienanteilen). Feuerversicherungsbeiträge dürfen in der Höhe umgelegt werden, wie sie von den öffentlich rechtlichen Feuerversicherungs-Gesellschaften ortsüblich erhoben werden.

Besonders zu berechnen sind die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, welche nicht die Raumnutzung betreffen, aber neben der Raumnutzung auf Grund des Mietvertrages gewährt werden (Bereitstellung von Wasserkraft, Elektrizität, Dampf, Preßluft und dergl.), sowie die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, die zwar die Raumnutzung betreffen, aber nur einzelnen Mietern zugute kommen, z. B. die Spiegelglasversicherung. Das gleiche gilt auch für die Kosten der Herstellung für Sammelheizung und Warmwasserversorgung, wozu auch die Kosten der Anfuhr gehören, die Aufstellung eines Heizers in Gebäuden mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung, die Fahrstuhlbedienung, Bauunfallversicherung und die Kosten der Versicherung gegen Glas- und Wasserleitungsschäden.

Die Erhebung der Kanalbenutzungsgebühr erfolgt nach der Ordnung betreffend die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Kanäle vom 17. Januar 1905, die Erhebung der Wohnungsbaugabe nach der preußischen Verordnung betreffend die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Preußen vom 22. November 1921 (GS. S. 549).

Bei der Verteilung der gemäß § 1 Ziff. 2 Abs. 2, 3 und 4 umzulegenden Betriebskosten oder Nebenleistungen auf die zentralständigen Wohnungen oder selbständigen Mieträume anderer Art sind auch Räume, für die nicht die gesetzliche Miete zu zahlen ist, oder die nicht vermietet sind, zu berücksichtigen.

Der Vermieter hat spätestens am letzten Tage eines jeden Monats den Mietern oder der Mietervertretung die Belege über die in dem betreffenden Monat fällig gewordenen und gemäß § 1 Ziff. 2 Abs. 2, 3 und 4 umzulegenden Beträge vorzulegen und ist berechtigt, am dritten Werktage des nächsten Monats die auf die einzelnen Mieter entfallenden Beträge einzufordern.

3. Der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten gemäß § 3, Abs. 1, Ziff. 3 des Reichsmietengesetzes beträgt 100 %.

Das Tapezieren bzw. das Anstreichen oder Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster und das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen ist von diesem Hundertsatz ausgenommen. Der Mieter hat die Kosten dieser in seinen Mieträumen tatsächlich gemachten Reparaturen gegen Vorzeigen der Belege zu tragen. Der Mieter ist vor der Vornahme solcher Reparaturen zur Bestimmung eines Handwerkers berechtigt, welche die Arbeiten ausführen sollen. Er kann die erforderlichen Arbeiten dieser Art selbst ausführen, sofern er die erforderlichen Eigenschaften hierfür besitzt. Bei Streit über die Notwendigkeit einer derartigen Instandsetzungsarbeit entscheidet die Schlichtungskammer bei dem Mieteinigungsamt (§ 4), ob die Arbeit auszuführen ist.

§ 2.

Der Zuschlag für die Verzinsung und Tilgung von Mitteln für die großen Instandsetzungsarbeiten gemäß §§ 5 und 7 des Reichsmietengesetzes und der dazu ergangenen Preußischen Ausführungsverordnung ist auf Antrag eines Vertragsteiles vom Mieteinigungsamt festzusetzen; er ist im Einzelfall auf **höchstens** 150 % der Grundmiete zu begrenzen.

Als große Instandsetzungsarbeiten gelten die nachstehend aufgeführten Arbeiten:

Die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Abfallrohre, das vollständige Umdecken des Daches, die Abputz oder Anstrich der ganzen Vorderfront oder der ganzen Fläche einer Seitenflügels oder der ganzen Fläche der Hinterfront eines Hauses oder auch mehrerer Fronten, der Neuanstrich der ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung, größere Unterfangungsarbeiten, Erneuerung ganzer Fußböden und Balkenlagen, Erneuerung von Bewässerungs- und Entwässerungsleitungen sowie erhebliche Aufgrabungen an den Hausentwässerungsleitungen, Beseitigung von Schwamm, Neuanstrich einschließlich Verkittung sämtlicher oder des größten Teiles der Fenster an einer Hausfront, Neuverputzen der Teeren freistehender Stirnwände (Wetterwände), Erneuerung der Eingangstreppe, ferner alle Arbeiten und Kosten im Einzelfalle die Summe des Grundmieten des ganzen Hauses übersteigen.

Die große Instandsetzungsarbeit muß seit Oktober 1920 ausgeführt und notwendig gewesen sein oder in den nächsten 12 Monaten, vom Tage der Antragstellung beim Mieteinigungsamt an gerechnet, erforderlich werden.

§ 3.

Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken (§ 1 der Reichsgewerbeordnung) hergestellt sind oder mit Zustimmung des Magistrats (Wohnungsamt) für gewerbliche Zwecke verwendet werden, wird ein weiterer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt. Er beträgt:

Für die Klasse IV des Gewerbesteuergesetzes 15 Proz.,
für die Klasse III des Gewerbesteuergesetzes 30 Proz.,
für die Klasse II des Gewerbesteuergesetzes 50 Proz.,
für die Klasse I des Gewerbesteuergesetzes 75 Proz.

§ 4.

Als „Stelle" im Sinne des § 6, Abs. 2 des Reichsmietengesetzes wird bei dem Mieteinigungsamte eine Schlichtungskammer gebildet. Die Schlichtungskammer besteht aus:

1. einem von dem Magistrat zu ernennenden Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes als Vorsitzenden;
2. je einem Vermieter- und Mieterbeisitzer als Beisitzer.

Der Schlichtungskammer wird ein vom Magistrat zu ernennender technisch vorgebildeter Beamter oder Angestellter des Wohnungsamtes mit beratender Stimme beigeordnet.

§ 5.

§ 9 der Verordnung des Magistrats vom 28. Januar 1920 betreffend Behandlung der Mietverträge durch das Wohnungsamt wird aufgehoben. Die Genehmigungspflicht der Untervermietung von Leerräumen ohne schriftliche Zustimmung des Untermieters durch das Wohnungsamt und bei Vermietung von möblierten Wohnungen nach § 5 der Verordnung des Magistrats vom 22. Dezember 1920 bleibt bestehen.

§ 6.

Dieser Beschluß tritt am 1. November 1922 in Kraft, die Bekanntmachung des Magistrats betr. das Reichsmietengesetz vom 17. Juli 1922 und vom 5. Sept. 1922 tritt mit Ablauf des 31. Oktober 1922 außer Kraft.

Halle, den 30. Oktober 1922.

4305 **Der Magistrat.**

Achtung, Händler!
Höchste Preise für sämtl. Sorten
Felle u. Wildwaren
sehr *905
Feltscher,
Taubenstr. 19, Fernspr. 6176.

Hausfrauen,
kauft nur bei unseren Inserenten!

Soeben erschien! Soeben erschien!
E. VARGA:
Die Niedergangsperiode des Kapitalismus
1. Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus / 2. Das Wesen des Niederganges des Kapitalismus / 3. Die Rolle des Krieges im Kapitalismus / 4. Die Wirtschaftstypen der Niedergangsperiode des Kapitalismus / 5. Die Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahres / 6. Entwicklungstendenzen und Zukunftsaussichten
54 Seiten / Preis 100.— Mk (Orgav. 72.— Mk)
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8
Auslieferung an die Organisationen der KPD. ausschließlich durch VIVA, Berlin SW 61, Planufer 17
Zu beziehen durch:
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
Abt.: Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14,
und deren Filialen. *907

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221031-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 31. Oktober 1922

Der Wucher geht weiter

Ein Liter Milch 60 Mk. Ein Pfund Butter 800 Mk.

Die Milch- und Butterproduzenten setzten ihre Bemühungen, für ihre Produkte Dollarpreise zu erhalten, mit Erfolg fort. Erwiesen ist, daß gerade bei diesen Produkten die Erhöhung der Gestehungskosten, des Transports und der Löhne in gar keinem Verhältnis zu den Verkaufspreisen steht. Wie soll man sich z. B. die unerhörte Steigerung des Milchpreises von 40 auf 60 Mk. erklären? Das ist ein ebenso unerhörter Wucher und eine so unerhörte Profitgier, daß schon im Interesse der Kinder sofort eingeschritten werden müßte. Bis heute ist aber noch nichts geschehen. Im Gegenteil. Die legalisierte Wucherstelle in Halle, Preisprüfungsstelle genannt, teilt uns mit, daß sie diesen Milchpreis mit den Händlern und Produzenten festgesetzt hat. Die Preisprüfungsstelle ist eben nur dazu da, um auch den unverschämten Wucher der kapitalistischen Junker zu legalisieren. Da der Butterpreis immer weiter hinaufkletert und der Milchpreis sich nach dem Butterpreis richtet, wird in den nächsten Tagen unter Mitwirkung der amtlichen Preisprüfungsstelle der Milchpreis wieder wesentlich erhöht werden.

Wie notwendig die Selbsthilfe der Konsumenten geworden ist, braucht nicht täglich dargelegt zu werden. Jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte und jede Hausfrau empfindet, daß etwas gegen diese himmelschreienden Zustände gemacht werden muß. Die Regierung versagt, das Parlament versagt, der vereinigten Sozialisten versagen. Die hungernde und ausgeplünderte Bevölkerung steht allein, ist allein auf sich angewiesen. Aber sie ist stark und mächtig genug, mit diesem Wucher- und Schiebergesindel aufzuräumen. In den Kontrollausschüssen hat sie sich Organe geschaffen, die durch genügende Unterstützung erfolgreich der weiteren Verelendung zu Leibe gehen können. Darum unterstützt überall die Kontrollausschüsse!

Die Lage der Angestellten im Friseurgewerbe

1800 bis 2000 Mk. Wochenlohn

Uns wird geschrieben: Durch die straffe Organisation, die sich die Friseurgehilfen wieder geschaffen haben, ist es denselben gelungen, einen etwas besseren Lohn zu erkämpfen. Auch den Weg zur Sonntagsruhe, die schon in vielen Orten eingeführt ist, haben wir beschritten und wollen wir den Kampf darum führen. Aber von den Innungsmeistern werden uns immerfort Knüppel zwischen die Beine geworfen. Wir richten deshalb an alle Arbeiter, Angestellte und Bürger von Halle die Bitte, die Friseurgeschäfte an den Sonntagen zu meiden. Die Lage der Friseurgehilfen ist die denkbar schlechteste; denn ein jeder wird wohl begreifen, daß bei Löhnen von 1800 bis 2000 Mk. ohne Kost und Logis heute kein Mensch bestehen kann. Die Friseurmeister denken aber, sie bezahlen ihren Gehilfen einen anständigen Lohn. Durch Innungsbeschluß sind sie sogar so weit gegangen, uns den bisher freien Tag in der Woche zu rauben. Sie verlangen von uns, daß wir für den Fürstenlohn, den sie zahlen, sieben Tage in der Woche arbeiten sollen. Wir Angestellten des Friseurberufes wissen, was wir zu tun haben und werden uns unserer Haut wehren. Darum rufen wir allen noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen zu: Schließt Euch dem Verbande an; denn nur vereint können wir unsere Gegner schlagen. Auch durch die Entlassungen unserer Verbandsvorstandsmitglieder und die Ablehnung unseres Vertreters bei den Tarifverhandlungen werden die Friseurmeister in Halle nichts erreichen, sondern uns noch mehr ansetzen, einen anständigen Lohn zu erkämpfen. Darum nochmals Kollegen, die ihr uns noch fernsteht, schließt Euch unserer Organisation an. Das Verbandslokal unseres Verbandes der Friseurangestellten befindet sich im „Koburger Hofbräu", Kaulenberg. Dort findet jeden Montag unsere Versammlung statt.

*

Eine Versammlung der hallischen Friseure beschäftigte sich gestern abend im „St. Nikolaus" mit der Lage im Berufe. Die einzelnen Redner forderten eine bedeutende Erhöhung der Bedienungspreise und wiesen auf die schlechte Lage im Beruf hin. Die kleinen selbständigen Handwerker seien alle gezwungen, ihren Beruf aufzugeben, da sie nicht so viel verdienen, um auch nur noch notdürftig leben zu können. Es wurde dann beschlossen, eine **50prozentige Preiserhöhung** auf die jetzt bestehenden Preise vorzunehmen.

Trotzdem es diesen kleinen Gewerbetreibenden, wie sie selbst sagen, bitter schlecht geht, sie hungern, Notschreie an die Bevölkerung erlassen und sich sogar an die kommunistische Presse wenden müssen, die ihnen in ihrem Kampfe helfen soll, verschließen sie doch die Augen vor den Ursachen dieser ungeheuerlichen Katastrophe, die auch den sogenannten Mittelstand in den Abgrund stößt. Gerade bei diesen Kleingewerbetreibenden sitzen die ärgsten Reaktionäre, die trotz ihres Hungers und ihrer Notlage die Interessenpolitik derjenigen unterstützen, von denen sie in den Abgrund hinabgestoßen werden. Solange sie das nicht erkannt und daraus auch die Konsequenzen gezogen haben, wird sich ihre Lage nicht bessern, werden sie genau so hungern müssen wie die übrige ausgebeutete Arbeiterschaft.

Eine Kreisfrauenkonferenz der KPD. des Saalkreises

fand am Sonntagvormittag in der Produktiv-Genossenschaft statt. Nach einem kurzen Referat des Genossen Otto Müller über den Kampf gegen die Teuerung gab die Genossin Schwarzkopf einen ausführlichen Bericht über die Reichsfrauenkonferenz in Berlin, an den sich der organisatorische Bericht über die Frauenbewegung im Saalkreis durch die Genossin Lehmann anschloß. In der Diskussion beschäftigten sich die Frauen hauptsächlich mit der Teuerung. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß besonders die Frauen für die Kontrollausschüsse interessiert werden müßten. In allen Kontrollausschüssen müßten die Frauen vertreten sein, da gerade sie auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung wertvolle Mitarbeit leisten könnten. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde die Konferenz geschlossen.

Der Aufmarsch der Saufreaktion

Die dickmäuligen Säufer und Mietlinge der Brauereiaktionäre hatten sich, mit Knüppeln bewaffnet, in großer Zahl eingefunden, denn zu ihrem Schrecken veranstaltete die hallische Ortsgruppe der „Guttempler" zwei Vortragsabende über die wirtschaftlichen Folgen der Alkoholproduktion. Der erste Redner (Goesch-Hamburg) führte das bekannte, schlagende Material an: Der ungeheure Verbrauch von Kartoffeln, Zucker und Getreide (13 Millionen Zentner pro Jahr), die große Zahl der bestehenden Brennereien (145 000), ferner, daß wöchentlich 5000 bis 6000 Eier von einer Kognakbrennerei verbraucht werden, daß also die Dividendengier des Alkoholkapitals die ausländische Einfuhr von Getreide usw. und somit eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter verursacht. Das gleiche gilt für die Tabakeinfuhr.

Wenn die versoffene Bourgeoisie in politischen Veranstaltungen heute im allgemeinen sich sehr schlaff und faul benimmt, war sie in den „Guttempler"-Versammlungen auf dem Plan erschienen und bekundete in Redaufzengen gröhlend ihren Willen zur Erhaltung des Sorgenbrechers „Alkohol" sowie die himmelweite Kluft, die sie von der Einstellung der Angehörigen von Jugendbünden trennt. Nun fehlte aber den Vorträgen die Aufzeigung der ökonomischen Ursachen der Alkoholverseuchung. Nicht allein das Alkoholkapital ist zu bekämpfen, sondern das Kapital überhaupt, und nicht mit Worten und Programmen der „Gerechtigkeit und Liebe", sondern auf dem nüchternen Weg der internationalen Arbeiterrevolution. Nur als „Arzt" reden und als Glied des „deutschen Volkes" ohne Mut zu politischer Einstellung, zeugt von bedauernswerter Engstirnigkeit. Die reformistische Schwäche der Einberufer zeigte sich zuletzt am klarsten, als man aus Furcht vor Zusammenstößen revolutionärer Jugendlicher mit den behelmten „Hütern der Ordnung" den zweiten Vortrag ohne Diskussion schloß. Gerade weil die reaktionären Säufer in Wut waren, hätte der Wortkampf auf das Politische führen müssen. Traurigerweise gesellten sich reformistische, dem Alkohol freundliche Arbeiter zu den Verfechtern der Brauereibarone, nachdem der Gewerkschafter Strauß für sie geredet hatte.

Als Vertreter der Schulbehörde bewies Rector Witte in seinem Preislied auf Dielen und Bars, daß die Jugend von diesen würdigen Kapitalknechten nichts Gutes zu erwarten hat. Tatsächlich zeigte selbst die reformistische Jugend einen aktiveren Willen als mancher erwachsene Arbeiter. Sie sangen den demonstrativ aus dem Saal ziehenden Alkoholikern A.-J.-Lieder nach, während diese jenes bekannte Lied der Burschenschaftler krächzten: „Wir versaufen unserer Ohma ihr klein Häuschen". (Sächerliche Verblödung!) Wütend leerten sie im Schlußtur ihre Schnapsflaschen (einige Jugendgenossen sangen gerade das bekannte 48er Lied: „Nieder mit den Hunden . . .")

Wer nicht die revolutionäre Umstellung im Sinne der Abstinenzforderung aufbringen kann, wirkt für Verdummung und Verklapung der Massen. Wann aber werden die „Guttempler" einsehen, daß ihre Forderung (und sollten sie es noch so ernst meinen) außerhalb des Rahmens des revolutionären Klassenkampfes eine Utopie ist?

Theater und Konzerte

Stadttheater

Erstaufführung. „Esther". Dramatisches Fragment von Grillparzer. Grillparzer gehört zu den Dichtern, die, als Produkt einer bestimmten Zeitepoche daran leiden, daß sie bereits zu den modern-psychologischen Problemen hingedrängt werden, ohne sich aber von dem Mißbrauch der Mythen und Historien freimachen zu können. Auch durch dieses Fragment geht ein solch fataler Riß. Ein völkisch verachtetes Judenmädchen hat die Bestimmung, einen persischen Herrscher erotisch-seelisch zu „heilen"; ihm zu helfen, daß er sich vollends „selbst verwirkliche" (wie die Terminologie der bürgerlich-individualistisch Denkenden das nennt). Aber auch in dem Augenblick, in dem Esther in die Arme des Königs fällt und ihm anscheinend die Erfüllung bringt, bleibt ein begründeter Zweifel, der viel von der dramatischen Wirkung tötet. — Die Darsteller vermochten infolge dieser Schwächen des Stückes, die durch keinen fragmentischen Charakter noch unterstrichen wird, trotz aller Mühewaltung keine rechte Wirkung zu erzielen.

„Die Torgauer Heide". Vorspiel zum historischen Schauspiel „Friedrich der II. von Preußen" von Otto Ludwig. Weshalb man jetzt — 1922 — diesen alten Schmarren noch einmal auf die Bühne zerrt, dafür gibt es unseres Erachtens kaum eine Erklärung. Es handelt sich hier weder um ein starkes Kunstwerk überhaupt, noch gehört es zu den starken Werken Otto Ludwigs. Dieser Dichter, der mit Shakespeare um die Palme gerungen hat und im Wettbewerb mit diesem Großen naturnotwendig zerbrechen mußte, hat mit dieser „Torgauer Heide" einen beschämenden Tribut an Preußen gezollt. Diese Dichterstunde hat sich gerächt! Es ist übelste preußische Geschichtsverglitterung, serviert mit so viel dummgläubiger Naivität und rührender Verlogenheit, die auch durch noch soviel Trommelgewirbel und Bivakfeierlichkeit nicht genießbarer wird.

* **Kartoffel-Lieferung an Sozialrentner.** Die für den 31. Oktober zum Flugplatz zwecks Abholung von Kartoffeln bestellten Sozialrentner erhalten Nachricht, wenn sie die ihnen zugedachten Kartoffeln abholen können. Die beabsichtigte Ausgabe der Kartoffeln findet am 31. Oktober auf dem Flugplatz nicht statt. Die Fürsorgestelle für Sozialrentner befindet sich ab 31. Oktober Rathausstraße 61 (Eingang zum Hochbauamt), Zimmer 11. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, in welch unerhörter Weise man die alten Leute behandelt. Unsere Kritik an diesen Zuständen hat nur das eine gebessert, daß die Verwaltung wenigstens bekanntgibt, wann Kartoffeln ausgegeben werden. Die heutige Notiz aber kam zu spät in unsere Hände, so daß wir sie gestern nicht mehr veröffentlichen konnten. Die alten Leute müssen sich darum auch heute wieder bei der schlechten Witterung umsonst abplagen, wie sie es gestern haben tun müssen. Denn gestern schon gab es keine Kartoffeln. Wir verlangen, daß diese Mißstände sofort abgestellt werden. Die Stadt sollte gerade diesen alten Sozialrentnern, die sich kaum noch fortschleppen können, in weitestgehender Weise entgegenkommen. Es ist unerhört, daß man die in Lumpen gehüllten und mit unzulänglichem Schuhwerk versehenen Leute nach der Artilleriekaserne bestellt, um ihnen dort zu jagen, daß es keine Kartoffeln gibt und sie nach dem Flugplatz schickt, wo aber ebenfalls keine Kartoffeln ausgegeben wurden.

* **Die Sammellisten für den Reichsbetriebsrätekongreß** müssen bis spätestens Sonntag, den 5. November, endgültig beim Kollegen Schmidt, Jahnstraße 1, abgereicht sein.

* **Betriebsräte und Betriebsobleute der Gruppe Labens- und Genußmittelindustrie.** Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr, Vollversammlung im „Gewerkschaftshaus" (Restaurationssaal).

* **Zu unserem Artikel** „Die Wohlfahrt" bei der Iduna" berichtigt uns der Betriebsrat derselben folgendermaßen: „Unwahr ist die Behauptung, daß Ende des Jahres über 260 Angestellte, darunter das gesamte weibliche Personal, auf die Straße geworfen werden soll. Wahr ist, daß etwa die Hälfte der vorgenannten 260 Angestellten gekündigt werden soll, da der Volksversicherungsbetrieb vollständig zur Einstellung gelangt. Für die Entlassungen sind seitens des Betriebsrates Richtlinien aufgestellt worden, die möglichst jede Härte bei den Kündigungen ausschalten sollen. Die freigewerkschaftliche Organisation hat sich in einer Vorstandssitzung mit der Frage beschäftigt und die Maßnahmen des Betriebsrates durchaus gebilligt. Nicht bekannt ist uns, daß bei der „Iuna" Angestellte entlassen werden sollen, um junge Arbeitskräfte einzustellen, die nicht unter den Tarifvertrag fallen. Neueinstellungen dürfen nicht vorgenommen werden. Machen sich solche erforderlich, so sind diese aus den Reihen der gekündigten Angestellten zu entnehmen." — Zu den letzten Bemerkungen haben wir zu sagen, daß die Behauptungen über die Neueinstellung von Jugendlichen, sich nicht auf die „Iduna" selbst, sondern deren Generalagentur unter der Leitung des Generalagenten Oesterreich beziehen.

* **Aus dem Polizeibericht.** Gestern vormittag wurde von einer hier wohnhaften geschiedenen Frau ein acht Wochen altes Kind vor einer Korridortür im Hause Luckengasse 3 niedergelegt. Das Kind wurde von einer in dem Hause wohnen Frau gefunden und aufgehoben. Da die Kindesmutter in ihrer Wohnung nicht angetroffen wurde, ist das Kind dem Kinderheim übergeben worden. — In der Nacht zum 30. Oktober 1922 wurde von einem auswärtigen Arbeiter eine Schaufensterscheibe in der Kleinen Ulrichstraße zerschlagen. Der Täter wurde festgenommen.

* **Ein Damenflauschmantel** mit gelb und grünen Streifen ist am 25. Oktober in der Saale in der Nähe der Steinmühle angeschwemmt worden. Der Mantel hat einen Gürtel aus gleichem Stoff mit schwarzer Metallschnalle und an der Vorderseite drei große schwarze Hornknöpfe. Die Aermelaufschläge sind ebenfalls aus gleichem Stoff mit je zwei schwarzen Hornknöpfen. Der Eigentümer wolle sich im Polizeidienstgebäude, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 66 oder 67, in der Zeit von 4 bis 6 Uhr nachmittags melden.

* **Wer kennt die Leiche?** Am 30. Oktober wurde in der Nähe des „Saalschlößchens" eine weibliche Leiche gelandet. Beschreibung: Etwa 60 Jahre alt, 1,65 Meter groß, kräftig, dunkelbraunes Haar, Oberlippe Barthaare, längliches Gesicht, hohe Stirn, spitze Nase, vorstehendes, spitzes Kinn (vermutlich fehlen die Zähne), rechtes Bein außergewöhnlich stark, entweder verkrüppelt oder stark angeschwollen. Bekleidung: Langes, schwarzes Jackett, schwarzer Rock, schwarze Bluse mit weißem Einsatz, über dem Einsatz schwarze Spitzen, schwarzer Pelzkragen, gehäkeltes Kopftuch, schwarze Strümpfe, schwarze Schnürschuhe mit geflochtenem Riemeneinsatz, grauwollenen Korsettschoner, weißes Hemd, gez. P. J. in Monogrammform, dunkelblaues Trikotbeinkleid, grünlicher Stoffunterrock, mattblauer Barchentunterrock, weißes Taschentuch, gez. A., ein Portemonnaie mit Ueberklappe und 85 Pf. Inhalt. Wer über die Tote Auskunft geben kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei (Erkennungsdienst), Zimmer 117, zu melden.

Die große Koalition im Provinziallandtag

Deutschnationale, Volksparteiler, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in der Einheitsfront gegen die Kommunisten

Die Montagsitzung des Provinziallandtages zeitigte als einziges Ergebnis die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis in die Reihen der „Vereinigten" Sozialdemokraten. Gegen 10 Uhr eröffnete der Oberpräsident Hörsing den Landtag mit kurzen Begrüßungsphrasen; er hatte sich diesmal keine besondere Mühe gemacht, dem Landtag etwas sagen zu können. Sodann schob sich der Alterspräsident, Frhr. v. Wilmowski, auf den Präsidentenstuhl und leitete die

Wahl des Präsidiums

ein. Die kommunistische Fraktion beantragte Wiederwahl des Präsidiums vom verflossenen Landtag, demzufolge also den Rechtssozialisten Beims als 1. Vorsitzenden und den Genossen Fiedler als Stellvertreter. Und nun kam die Ueberraschung. Es zeigte sich, daß die Stinnesbrüder und die Stinnesknechte die Verbrüderung beschlossen hatten. Der Demokrat Trittel schlug vor, als 1. Vorsitzenden Beims wiederzuwählen und als Stellvertreter den Volksparteiler Dr. Zehle-Magdeburg. Dazu erklärte der sattsam bekannte und ehemalige 2. Vorsitzende des Provinziallandtages, Clubius (Deutschnational), der im Mai von einem Kommunisten vom Präsidentenstuhl verdrängt worden war, im Namen der „Bürgerlichen Vereinigung", die es gar nicht gibt, sein Einverständnis. Eine abgekartete Sache, in der, wie der weitere Verlauf der Wahl bewies, auch die „Vereinigten Sozialdemokraten" ihre Hand im Spiele hatten. Diese hatten sich mit den gesamten bürgerlichen Pack vorher verständigt, daß „ihr Beims" wieder Vorsitzender wird und daß sie aus rührender Dankbarkeit dafür den Volksparteiler Zehle schlucken werden. Und warum denn auch nicht? Wenn man schon mit Stinnes paktiert, warum nicht auch mit einem Dr. Zehle?

Die kommunistische Fraktion beantragte, um das unsaubere Spiel aufzudecken, Stimmzettelwahl. Der Vorsitzende mußte dem stattgeben. Bei der Wahl zum 1. Vorsitzenden erhielt Beims sodann 106 Stimmen von 108 abgegebenen Stimmzetteln. Er war sonach gewählt. Als 2. Vorsitzender wurde unser Genosse Fiedler wieder vorgeschlagen, während das Stinnespack für Dr. Zehle eintrat. Letzterer erhielt 76 Stimmen, Fiedler 31. Eine Stimme lautete auf Kaiparet! Der kommende Mann! Der Volksparteiler Zehle war also gewählt mit Hilfe der Sozialdemokraten! Da die kommunistische Fraktion 17 Mitglieder zählt, haben noch 14 andere Abgeordnete für Fiedler gestimmt. Sie schämten sich jedenfalls, einen Volksparteiler zu wählen. Ausgerechnet die ebenfalls 17 Mann starke Fraktion der Volksparteiler stellt den Vizepräsidenten! Glück auf, Ihr „Vereinigten"! Möge Euch dieser schnöde Verrat proletarischer Interessen gut bekommen! Sie sitzen lieber mit einem Stinnesbruder am Tisch zusammen als mit einem Kommunisten! Wir Kommunisten lehnten auf Grund dieses Wahlergebnisses jede weitere Beteiligung an der Wahl ab, da wir mit Stinnesbrüdern uns nicht zusammensetzen können. Die weiteren Mitglieder des Präsidiums, vier Schriftführer und drei Beisitzer, wurden sodann aus den Fraktionen der großen Koalition gewählt.

Ausgeschieden aus dem Landtag ist Tominski-Wittenberg. An seine Stelle tritt Genosse König-Herzberg a. d. E.

Nach Bekanntgabe der Vorlagen beantragte die „bürgerliche Vereinigung" einen besonderen 13gliedrigen Ausschuß für die Wahl eines Landesrats. Der Antrag wurde mit 53 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Schließlich wird ein solcher Ausschuß aber doch gewählt, als es sich um die Vorbereitung der Wahl eines Landesrats und eines Landesbaurats handelte. In dem Ausschuß sitzen auch zwei Kommunisten.

Da der Haushaltausschuß mit seinen Vorarbeiten noch nicht zu Ende war, konnte in die Beratung der Tagesordnung eingetreten werden. Es wurde deshalb der Nachmittag zu Ausschußsitzungen freigelassen. Die nächste Plenarsitzung findet Dienstag, vormittags 9 Uhr, statt, in der die Steuerumlage beraten wird. Die große Koalition wird dann ihre gestern begonnene Politik fortsetzen.

„Der kommende Reichsbetriebsrätekongreß und seine Aufgaben im Kampfe gegen die Teuerung."

Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, dem 2. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volksparks",

der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, Kollege Grothe.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Agitiert für diese Versammlung in den Betrieben und überall, wo Ihr mit Klassengenossen zusammenkommt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Otto Müller für Anzeigen Fritz Krok; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle Merseburg, e. G. m. b. H., Leipzigerstraße 14. Ortsg. Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221031-18/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Zur Bildung von Kontrollausschüssen

Alle Ortschaften des Bezirkes Halle-Merseburg, in denen noch keine Kontrollausschüsse bestehen, oder in denen Aufklärung über die Aufgaben des Reichsbetriebsrätekongresses gewünscht wird müssen dies dem Vorsitzenden des halischen Kontrollausschusses, dem Kollegen Julius Pocha, Halle, Augustastraße 3, mitteilen. Es wird dann dafür Sorge getragen, daß diese Ortschaften Referenten bekommen.

Nützet die letzten Tage

Immer die letzten Tage des Monats sind die entscheidenden für die Zeitung. Je nachdem wie sie es versteht, diese Tage auszunutzen, je nachdem überwiegen in den ersten Tagen des neuen Monats die Abbestellungen oder Neubestellungen. Und dies gilt auch besonders für unsere Zeitung. Rekrutiert sich unsere Leserschaft doch aus den ärmsten Bevölkerungsschichten, die meist um den Ersten herum immer wieder von neuem darauf sinnen, wie sie ihre laufenden Ausgaben, die sich in dieser Zeit besonders häufen, ermäßigen können. Da gilt es, ihnen in den letzten Tagen des Monats besonders klarzumachen, daß das Sparen an den Ausgaben für die tägliche Zeitung das verkehrteste ist, was sie machen können. Wie manche haben schon im ersten Eifer die Zeitung abbestellt und haben dann, wenn die tägliche geistige Nahrung ausblieb, erst gemerkt, was sie für einen Fehler gemacht. So viele sind dann gekommen und haben sie schnell von neuem bestellt. Aber wie sehr sie damit die Zeitung selbst geschädigt haben, davon machen sich die meisten keinen Begriff, welche Unsicherheit sie damit in die tägliche Berechnung der Ein- und Ausgaben des Unternehmens bringen und wie sie die Aktionsfähigkeit lähmen. Dies muß möglichst vermieden werden. Und darum muß der „Klassenkampf", der den ganzen Monat treu für die Interessen seiner Leser, der Arbeiterschaft und der ganzen schaffenden Bevölkerung auf dem Posten gestanden hat, die letzten Tage des Monats dazu benutzen, auch seine Leser an ihre Pflicht zu mahnen, sie an das Wort zu erinnern:

Treue um Treue!

Aber nicht allein damit ist es getan. Alle die, die den Wert unserer Zeitung erkannt haben, müssen dabei mithelfen. Nicht allein wollen wir die alten Leser behalten, sondern immer mehr und mehr neue zugewinnen. Jeder muß sein Gewissen erforschen, was er den ganzen Monat über für seine Zeitung getan hat und dann in den entscheidenden letzten Tagen seinen Eifer verdoppeln und nachholen, was den Monat über versäumt worden ist. Alle Freunde eines offenen freien Wortes müssen alles daran setzen, um die materielle Möglichkeit zu erhalten, ein solches zu sprechen. Die Parteigenossen müssen alles daran setzen, um ihre beste Agitation zu erhalten, um ihre mächtige Waffe scharf und schneidig zu erhalten. Der „Klassenkampf" steht unermüdlich auf dem Posten, seine Stimme gellt unaufhörlich durch das Elend und den Jammer unserer Zeit, zum Kampfe mahnend, die Rettung zeigend. Unsere Genossen müssen dafür sorgen, daß er immer mehr gehört wird und daß seine Stimme immer lauter und gewaltiger wird und alle Lügen übertönt.

Genossen! Auch unsere Gegner rüsten mit aller Gewalt und nützen jede Gelegenheit aus, ihren Einfluß zu halten und zu mehren. Sie wissen ganz genau, welch wichtiges [illegible] zur Erhaltung der alten Knechtschaft und Unterdrückung [illegible] die tägliche Beeinflussung der Arbeiterhirne ist. Für die Bürgerlichen [illegible] wird sogar von neuen Kanzeln geworben.

Uns stehen keine Kanzeln zur Verfügung, uns steht nichts in dem ganzen kapitalistischen Staat zur Verfügung, als die tatkräftige Hilfe und Unterstützung unserer Genossen und Leser. Diese muß sich in den letzten Tagen des Monats verdoppeln zur Agitation für den

„Klassenkampf"!

Die Gewerkschaften und die Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Unter dieser Bezeichnung schreibt der „Landarbeiter", das Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes, in seiner Oktoberausgabe:

Die Preisgestaltung in der Landwirtschaft übt aber auch hier ihre Wirkung auf die Lohnhöhe des Landarbeiters aus. Der Industriearbeiter konnte sich leidlich der allgemeinen Preisentwicklung anpassen.

In diesem Artikel wird dann weiter erzählt, daß der Bergarbeiter einschließlich seiner Deputatkohle einen Wochenlohn von 5791,75 Mark erhält. Der Landarbeiter dagegen bekommt einen Lohn, für den er für sich und seine Familie keine Kleidung und Lebensmittel in nur ungenügender Menge kaufen kann. Die arbeitsgemeinschaftlichen Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes versuchen alles, das Land gegen das Industrieproletariat auszuspielen. Ist das „schmelzende" Industrieproletariat etwa schuld an der steigenden Teuerung und dem krassen Elend? Ist nicht schuld das kapitalistische System, das von den Arbeitsgemeinschaftern vom Schlage der Stinnes und Konsorten gestützt und gefördert wird? Landarbeiter, haben Euch Eure Führer durch die Arbeitsgemeinschaft nicht selbst an die Großagrarier verkauft? Haben diese Leute, als Ihr um Eure Lebensinteressen im Kampfe standet, Euch nicht verraten und sämtliche Streike abgewürgt? Hat man nicht gegen Euch Reichswehrtruppen und Sipo mit Maschinengewehren aufgefahren, wenn Ihr streiktet? Nicht die Löhne der Industriearbeiter sind schuld an dem wirtschaftlichen Elend, sondern die von den sozialdemokratischen Führern befolgte Politik.

Weiter heißt es in diesem Artikel:

Die Industriearbeiter essen ihr verhältnismäßig billiges Brot auf Kosten der Landarbeiterlöhne.

Arme Gewerkschaftsführer des Landarbeiterverbandes! Müssen heute nicht schon tausende Proletarierfamilien hungern, da sie das „billige" Brot nicht kaufen können? Mit diesen, aller realen Tatsachen hohnsprechenden Verdrehungen, versuchen die Landarbeiterführer die Landproleten von ihren eigenen Schandtaten abzulenken, die sie im Verein mit den Großagrariern in der Arbeitsgemeinschaft und in den Parlamenten, besonders bei der Vervierfachung des Brotgetreidepreises zuschulden kommen ließen. Nicht das Industrieproletariat ist auf Eure Kosten billiges Brot, sondern die Krautjunker und Schloßbarone mästen sich von Eurer Hände Arbeit. Durch solche Artikel versucht man die Land- und Industriearbeiter gegeneinander zu hetzen. Nicht die Kommunisten wollen die Gewerkschaften zerschlagen, sondern die sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschafter und Gewerkschaftsführer arbeiten systematisch an der Schwächung der Schlagkraft der Arbeiterklasse.

Landarbeiter! Wollt Ihr diese Zustände noch länger dulden? Nur die geschlossene Front der Arbeiter in Stadt und Land kann die Sklavenketten des Kapitalismus sprengen. Folgt dem Ruf Eurer Kollegen im Erfurter Kreis! **Bildet Kontrollausschüsse und entsendet Eure Vertreter zum Betriebsrätekongreß. Stellt die einige Kampffront zwischen Stadt- und Landproletariat her, nur dann könnt Ihr die Macht der Großgrundbesitzer und deren Trabanten, der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschafter und Gewerkschaftsführer, brechen.**

Schkeuditz

Achtung, Gewerkschaftsfunktionäre! Es ist uns gelungen, einen eingehenden Bericht von der Zentral-Ausschußsitzung über die Gewerkschaftsfrage entgegennehmen zu können. Referent Genosse Heuke (Leipzig). Es ist Pflicht jedes Funktionärs, am Donnerstag, dem 2. November, pünktlich 7 Uhr, im „Jugendheim" zu erscheinen. Die Sitzung um 1. November fällt daher aus.

Der sozialdemokratische Arbeiter fragt:

Was wollt Ihr, Kommunisten?

Ihr geht vor, die revolutionäre Vorhut des Proletariats zu sein. Ihr kämpft aber gegen die Interessen des Proletariats. Denn Ihr spaltet das Proletariat. Ihr schwächt seine Kampfkraft. Ihr beschimpft die Führer der deutschen Arbeiterschaft; Ihr schadet durch Eure Streiklosungen dem deutschen Wirtschaftsleben. Ihr erschwert dadurch die Wiedergutmachung als Hauptforderung aus dem Versailler Friedensvertrag. Ihr verlangt von den Organisationen der Arbeiter den schärfsten Kampf gegen die Kapitalistenklasse, gegen Ausbeutung, Wucher, Spekulation, Verlängerung der Arbeitszeit, Niederhaltung der Löhne, Rechtslosigkeit im Produktionsbetriebe. Ihr kämpft gegen die demokratische Republik und unterstützt dadurch den Kampf der Monarchisten für die Wiederkehr der Monarchie.

Alle diese Notwendigkeiten können aber nur erfüllt werden im harmonischen Zusammenarbeiten von Arbeiterschaft und Unternehmertum, von Proletariat und Bourgeoisie. Diesen Weg geht die Gewerkschaftsorganisation der deutschen Arbeiterschaft, der ADGB., in der Form der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerorganisationen; und die politische Organisation der deutschen Arbeiterschaft, die VSPD., durch ihre Koalitionspolitik. Alle anderen Wege führen in das Chaos, zum Untergang des Proletariats. Das Elend in Sowjetrußland ist uns Sozialdemokraten ein warnendes Beispiel.

Der kommunistische Arbeiter antwortet:

Wir kämpfen nicht gegen Euch, Kameraden. Unser Kampf gilt nur jenen Schichten und Führern der Arbeiterschaft, die abgewichen sind vom revolutionären Weg und Ziel. Solche Kräfte, die Euch irreführen, müssen allerdings aus der revolutionären Front ausgeschieden werden. Das bedeutet aber nicht Zertrümmerung, sondern Vereinigung, nicht Schwächung sondern Stärkung der Schlachtreihen des kämpfenden Proletariats.

Aber Eure Organisationen spalten die Arbeiterschaft. Denkt daran, daß der ADGB. beschlossen hat, auf der ganzen Linie die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszustoßen, daß vor allem die Eisenbahner- und die Bauarbeiterorganisation ganze Ortsgruppen zertrümmert hat, in denen die Kommunisten die Mehrheit bildeten. Das ist Spaltung der Arbeiterschaft, das ist in Wahrheit Schwächung ihrer Kampfkraft.

Und weil die deutsche Arbeiterschaft noch im Banne von Führern steht, die Gegner des Klassenkampfes sind, versuchen wir, diese Autorität zu vernichten, den Irrtum der Führer aufzudecken und das Proletariat von solchen Führern zu befreien.

Warum fordern wir Euch auf, die schärfsten Mittel zur Hebung Eurer elenden Lage anzuwenden? Weil wir Arbeiter auf friedlichem Wege nichts erreichen. Es gibt keinen Unternehmer, der freiwillig die Löhne der Arbeiter entsprechend den Preisen der Lebensbedürfnisse jeweils erhöht. Die geringste Lohnsteigerung muß den Kapitalisten abgerungen werden. Es gibt auch keinen Unternehmer, der im Interesse der deutschen Volkswirtschaft auch nur auf den kleinsten Teil seines Profites verzichtet. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft. Und das Resultat? Beispielloser Wucher, Spekulation, Ueberprofit auf seiten der Kapitalisten; die Preise der Lebensbedürfnisse stehen zum Teil höher als die Weltmarktpreise, mindestens sind sie ihnen gleich. Die Löhne aber sinken mit dem Niedersturzen der deutschen Papiermark immer heller und tiefer. Hunger, Kälte, Massenkrankheiten, Massenindersterbblickkeit sind die Folge. Nie waren die Profite der deutschen Kapitalisten höher als nach dem Friedensvertrag von Versailles. Und die gesamte Last der Entschädigung an die Entente und die beispiellos hohen Wucherprofite muß die deutsche Arbeiterschaft aus ihrer Arbeitskraft aufbringen. Diesem Zwecke muß auch der Achtstundentag geopfert werden.

Wenn das alles der Sinn der Arbeitsgemeinschaft ist, dann müßt Ihr deutsche Arbeiter, begreifen, daß wir sie bekämpfen.

Nur die Koalition mit dem Bürgertum kann die deutsche Arbeiterschaft, die deutsche Volkswirtschaft, die deutsche Republik retten, sagst du, sozialdemokratischer Arbeiter. Sieh Dich nur um und urteile selbst. Die deutsche Volkswirtschaft lebt nur noch durch Schleuderausverkauf. Schon schwillt aber das Heer der Arbeitslosen mächtig an. Hunderttausende von Proletariern haben keine Wohnung, aber die Bourgeoisie dehnt sich in ihren weitläufigen Prunkräumen. Der Wucher der Grund- Industrie- und Bankkapitalisten läßt die deutschen Arbeiter verhungern, erfrieren, an Seuchen zugrunde gehen. Die Spekulation wächst und gedeiht üppig wie nie zuvor. Direkte und indirekte Steuern in ungeheurem Ausmaße drücken die Arbeiter, während die besitzende Klasse sich Steuerfreiheit sichert. Ausnahmegesetze und Klassenjustiz gegen die Arbeiter, Schutz und Freiheit den bewaffneten, konterrevolutionären Banden; das sind die Früchte des politischen Zusammenarbeitens mit der Bourgeoisie.

Wir unterstützen die Monarchisten? Sieh um dich, sozialdemokratischer Kamerad, und Du wirst erkennen, wo die Freunde und Förderer der Monarchisten zu finden sind: in den republikanischen Staatsämtern, Verwaltungsstellen, Polizeikörpern, Reichswehr. Nichts Ernstliches ist bisher durch die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung der demokratischen Republik geschehen, um die Monarchisten aus all diesen Stellen gründlich auszufegen. Das heißt: die republikanische Regierung der Koalition züchtet die Monarchisten in Reinkultur und schützt deren bewaffnete Organisationen.

Wir Kommunisten aber wollen an Stelle des Klassenfriedens den Klassenkampf; an Stelle der demokratischen Koalition die Arbeiterregierung, anstatt der Diktatur des Kapitals die Diktatur des Proletariats. Gegen den Wucher, die Spekulation, die Aushungerung aber mobilisieren wir die Vertreter der arbeitenden Klasse in den Betrieben, die Betriebsräte, organisieren wir Kontrollausschüsse. Das ist revolutionäre Arbeit für das Proletariat.

Und das warnende Beispiel Sowjet-Rußlands? Während des Weltkrieges wurde viel gelogen und verleumdet, aber die Lügen und Verleumdungen über Sowjet-Rußland übertreffen noch die Weltkriegslügen. Und dennoch frißt sich die Wahrheit durch. Und die heißt: Nach fünfjährigem Kampf gegen die Weißen Armeen der Entente, gegen die Konterrevolution im Innern, gegen die Sabotage der ehemaligen Bourgeoisie, gegen Naturkatastrophen, gegen Hunger und Seuchen, gegen die Kapitalisten und ihre Söldlinge und Lakaien in der ganzen Welt steht die Sowjetregierung in Rußland fester denn je. Der Wert des Sowjetrubels steigt, während die deutsche Mark stürzt. Die diesjährige Ernte sichert ausreichende Ernährung. Planmäßig entwickelt sich die Volkswirtschaft zum Sozialismus. Der Analphabetismus ist im Absterben, die proletarische Kultur im Aufstieg. Unbesiegbar die Rote Armee. Ein schreckendes Beispiel wohl, aber nur für die Ausbeuterklasse der ganzen Welt. Schließe Dich unserem Kampfreihen an, Kamerad und wir sind ebenso unbesiegbar wie das Proletariat Sowjet-Rußlands.

Und dann sieh' Deine Zeitung, das „Volksblatt", die „Mansfelder Volkszeitung" oder den „Volksboten" an. Schreiben diese Blätter nicht tagaus, tagein von der zunehmenden Verelendung der Arbeiterschaft? Weisen sie Dir aber einen Weg, wie wir aus diesem Elend herauskommen können? Was sagen Dir die Führer Deiner Partei? Mehr einschränken, mehr entbehren, länger arbeiten. Und diese Politik betreiben die Führer Deiner Partei. Deine Presse schreibt natürlich darüber nichts. Genau wie die Monarchisten stellt sie Dir als Hauptgrund des Elends den Versailler Vertrag hin und versucht durch eine wüste Kommunistenhetze und Verbreitung von Schwindelmeldungen über Rußland die selbst anständige bürgerliche Blätter ablehnen, die einige Front der arbeitenden Klasse im Entstehen zu ersticken.

Deshalb, Arbeiter der VSPD.! Ziehe Vergleiche zwischen den Zeitungen der VSPD. und dem „Klassenkampf". Lese nicht nur Deine Parteizeitung, sondern auch, zu Deiner eigenen Information, die kommunistische Zeitung, und Du wirst zur Ueberzeugung kommen, daß für die arbeitende Bevölkerung im Bezirk Halle-Merseburg es nur eine Zeitung gibt, den

„Klassenkampf".

Bitterfeld

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes schreitet fort. Im Bericht über die Arbeitsmarktlage im Industriegebiet Bitterfeld für die Zeit vom 16. bis 21. Oktober ist zu lesen: Der Arbeitsmarkt stand unter dem Zeichen der zunehmenden Verschlechterung, die sich in einem **stärkeren Anwachsen der Zahl der Arbeitsuchenden**, besonders aber in dem weiteren Rückgang der Anforderungen von Arbeitskräften auswirkte. Die Schwierigkeiten, mit denen Industrie, Handel und Gewerbe infolge der unsicheren Wirtschaftslage zu kämpfen haben, bestanden in der Berichtswoche unvermindert fort und drückten in naturgemäßer Folge weiterhin auf den Arbeitsmarkt. Vor planlosem Zuwandern muß immer wieder gewarnt werden, da Unterkunft nicht vorhanden oder nur äußerst schwierig zu beschaffen ist. Es können daher nur Arbeitsuchende aus der nächsten Umgebung in Frage kommen. Eine Krise scheint der Steinzeugindustrie bevorzustehen, welche leicht zu Betriebseinschränkungen führen kann. Sollte keine Besserung eintreten, so wird wohl mit einer Verkürzung der Arbeitszeit gerechnet werden müssen. Im Metallgewerbe herrscht bei günstigem Geschäftsgange starke Nachfrage nach Arbeitskräften. Das Baugewerbe ist im allgemeinen auch noch gut beschäftigt. Die Landwirtschaft entfaltete wegen des besseren Wetters und der Frostgefahr eine sehr rege Nachfrage nach Hilfskräften für die Hackfruchternte, doch gelang es in den wenigsten Fällen, den Bedarf restlos zu decken. Vor allem fehlt es an jüngeren Knechten und Burschen. Gegenüber dem herrschenden ungedeckten Bedarf mehren sich die Klagen über Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Industrie trotz der dort stark verminderten Aufnahmefähigkeiten. Der Grund hierfür liegt in dem geringen Barlohn der Landwirtschaft, da die Naturalbezüge beonders für Jugendliche nicht genügend Anreiz bieten. Die Gesamtzahl der gemeldeten offenen Stellen für männliche Arbeitsuchende betrug in der Berichtswoche 205, die Gesamtzahl der männlichen Arbeitsuchenden 590; die Gesamtzahl der gemeldeten offenen Stellen für weibliche Arbeitsuchende betrug in der Berichtswoche 38, die Gesamtzahl der weiblichen Arbeitsuchenden 260.

Arbeiter, macht's nach! Die Arbeiterschaft der Firma Rothbach & Co., hat zur Finanzierung des Reichsbetriebsrätekongresses 2130 Mk. gesammelt und abgeliefert. Den Reichsbetriebsrätekongreß zu beschicken und zu finanzieren, ist Pflicht der gesamten Arbeiterschaft.

Schöna

Einwohnerversammlung. Nach langer Zeit fand im obigen Orte wieder einmal eine sehr gutbesuchte, öffentliche Einwohnerversammlung statt. Das Thema war: „Stellungnahme zu den Kleingärten und Gemeindeangelegenheiten." Zum Punkt Kleingärten waren schon 30 Interessenten da. Es wurde über die Beschaffung des Landes gesprochen, das nur vom Gute zu entnehmen wäre. Der Verwalter, Herr Polenz, äußerte sich dahin, daß wohl seine Herrin nichts einzuwenden hätte, da das Land nach Ablauf der Pachtzeit 1928 sowieso an die Einwohner von Schöna aufgeteilt werden solle. Die Frage wäre, ob der Gutspächter bereit sei dazu. Das es nicht so einfach ist mit diesem Herrn umzugehen, kommt später noch zur Angabe. Es fand eine rege Aussprache statt. Zu den Gemeindeangelegenheiten kam zur Sprache, daß die Fußwege in sehr schlechtem Zustand wären, ebenso fehlt im Orte genügend Trinkwasser. Es sind zwei Brunnen da. Einer hat kein Trinkwasser, der andere ist schon in aller Frühe belagert, so daß die Letzten nur noch Lehmwasser bekommen. Ein Einwohner meldet sich und erklärt, daß er in krankem Zustand habe mehrere Wochen Lehmwasser trinken müssen. Beschwerden an den Gemeindevorsteher werden nicht beachtet. Es ist an der Zeit, daß sich die Gesundheitsbehörde die Sache einmal näher ansieht. Von Gräfenhainicher Genossen wurden diese Zustände scharf kritisiert. Auch die Gemeindevertreter sind nicht auf der Höhe, außer einigen Genossen, die nicht durchdringen können, sonst würden sie sich so etwas nicht bieten lassen. Der Nachtwächter bekommt den fürstlichen Lohn von 7 Mk. die Stunde. Das sind Hinterpommersche Zustände. Das Petroleum am Orte kostet das Liter 100 Mk., im Konsum Gräfenhainichen nur 65 Mk. Bemerkt sei noch, daß es von demselben Lieferanten von Bitterfeld ist. Da ist es an der Zeit, daß der Kontrollausschuß einsetzt. Zum Punkt Verschiedenes kamen die Nöte des neugegründeten Radfahrervereins zur Sprache, der von dem alten Verein unmöglich gemacht werden soll. Es sind da verschiedene Hintermänner, die da Interesse haben, unter anderem ist der Wirt, in dessen Lokal der alte Verein tagt, Vorsitzender des Vereins; ein Herr, der vor dem Kriege die Arbeiterschaft auf alle mögliche Art bekämpft hat. Dann machte Genosse W. zur politischen und wirtschaftlichen Lage Ausführungen, wies auf die Bedeutung hin, daß man in der jetzigen Zeit nicht unpolitisch sein kann, vor allem müsse man Arbeiterpolitik betreiben. Es sprachen noch einige Genossen, auch der Versammlungsleiter wies auf die Bedeutung dieser Versammlung hin, es möchte jeder beherzigen. Zum Schluß bemerkte Genosse W., wer sich der Kommunistischen Partei anschließen wolle, könne sich nach Schluß der Versammlung melden. Es wurde dann noch der Vorstand vom Kleingartenverein gewählt. Vor einigen Tagen wurde eine Kommission beim Gutsbesitzer vorstellig, der sie mit der Laterne vor der Tür abfertigte. Natürlich will er kein Land geben. Die imposante Versammlung erreichte um 10½ Uhr abends ihr Ende.

Zipsendorf

Braunkohlenwerke Leonhard, A.-G. in Zipsendorf. Der Abschluß für 1921/22 weist nach Berücksichtigung der Unkosten usw. von 11 276 326 Mk. (i. V. 4 406 067 Mk.), der Abschreibungen auf Mobilien und Immobilien von 1 129 516 Mk. (958 742 Mk.) und einer Abschreibung von wieder 100 000 Mk. auf Vereinsglück-Aktien einen Reingewinn von 6 348 506 Mk. (2 899 154 Mark) aus. Die Dividende von 22 Prozent (15 Prozent) auf das diesmal voll dividendenberechtigte Aktienkapital von 24 Millionen Mark erfordert 5 280 000 Mk. (2 400 000 Mk.); vorgetragen werden 36 790 Mk. (71 342 Mk.). Laut Bericht konnte die Kohlenförderung auf 1 666 940 Tonnen (i. V. 1 596 976 Tonnen) gesteigert werden, die Erzeugung von Briketts auf 519 463 Tonnen (470 485 Tonnen), von Preßsteinen auf 10 055 Tonnen (11 733 Tonnen) und von Ziegeln auf 2 813 500 Stück (2 348 800 Stück). Die Bilanz verzeichnet Außenstände und Bankguthaben 50 558 618 Mk. (31 542 681 Mark). Bestände 7 521 294 Mk. (2 852 835 Mk.). Anzahlungen auf Bauten 1 091 529 Mk. (229 917 Mk.) Barbestand 797 622 Mk. (322 914 Mk.), und auf der anderen Seite Kreditoren 17 368 788 Mark (6 429 923 Mk.) und Kohlen- sowie Umsatzsteuerschulden 11 465 188 Mk. (2 404 747 Mk.). Die Stamm- und Prioritäts-Aktien der Braunkohlen-A.-G. Vereinsglück in Meuselwitz, die aus einem Reingewinn von 30 745 Mk. (31 479 Mk.) wieder 9 Prozent Dividende auf die Prioritäts- und 4 Prozent auf die Stammaktien verteilt, stehen mit 3 Millionen Mark zu Buche. — Nahezu um das Dreifache ist der Reingewinn gestiegen. 22 Prozent auf das im vorigen Jahr, also für dieses Geschäftsjahr, erheblich erhöhte Aktienkapital. Durch den Bericht wird auch die Lüge von der Faulheit der Arbeiter widerlegt, denn über 100 000 Zeniner Kohlen wurden in diesem Jahre mehr gefördert. Arbeiter, wo bleibt Ihr mit Euren Löhnen. Der Reingewinn von 6 348 506 Mk. ist Euer Schweiß und Blut, ist der Betrag, den Ihr erarbeitet und um den man Euch betrogen hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221031-18/fragment/page=0006

Vom ersten zum zweiten polnischen Sejm

Der Aufmarsch der Parteien zum Wahlkampf in Polen

Von Peter Maslowski

I

Der erste Sejm der polnischen Republik ist in seinen Auswirkungen für die Arbeiterklasse zu vergleichen mit der deutschen Nationalversammlung. Wie in Deutschland unter der „Revolutions"regierung des Sozialdemokraten Ebert die Wahlen zur Nationalversammlung ausgeschrieben wurden, um die bürgerliche Demokratie im Gegensatz zu der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte, im Gegensatz zu der Entwicklung zur Diktatur des Proletariats, zum Durchbruch zu bringen, so hat auch in Polen die Regierung des PPS-Führers Moraczewski, die ihr Entstehen ebenfalls den revolutionären Wirken der Arbeiterräte verdankte, die Wahlen zum ersten Sejm stattfinden lassen, um die revolutionäre Bewegung wieder hinüberzuleiten in die „Gesetzlichkeit" der Kapitalherrschaft unter der Maske der Demokratie. Und wie in Deutschland die geringen Errungenschaften der Novemberrevolution durch die ersten Parlamente der neuen Republik allmählich abgebaut wurden, und die ursprünglich desorganisierte bürgerliche Staatsmaschinerie Gelegenheit fand, wieder die Zügel fest in die Hand zu nehmen, so hat die polnische Bourgeoisie durch den ersten Sejm wieder unumschränkt ihre Macht aufrichten können.

Der Sturz von den revolutionären Machtpositionen der polnischen Arbeiter, die diesen Errungenschaften, wie den Achtstundentag, die Arbeitslosenunterstützung, den Mieterschutz usw. brachten, hinab in die Reaktion ist vielleicht in Polen noch tiefer und vollkommener als in Deutschland.

Der Ausdruck des vollkommenen Sieges der Konterrevolution sind von allem die Verfolgungen der Kommunisten, die an Brutalität und Infamie kaum übertreffen in irgendeinem anderen „demokratischen" Lande der Welt finden. Die Kommunistische Partei Polens ist in ihren besten Elementen buchstäblich hinter Kerkermauern gegraben. Die Zugehörigkeit zur Partei genügt den polnischen Klassenrichtern, um jahrelange Zuchthausstrafen zu verhängen. Am wütendsten waren die Verfolgungen der Kommunisten während des Krieges gegen Sowjet-Rußland, den Polen als Keilerhund der Entente gegen die Macht der russischen Arbeiter und Bauern führte.

Die Hauptätigkeit des polnischen „Revolutions"parlaments bestand darin, immer wieder neue Ausnahmegesetze gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu schmieden. Die Militarisierung der Eisenbahnen, die Verhängung der Todesstrafe gegen streikende Eisenbahner, die Auslieferung des ersten Kommunisten im Parlament, des Genossen Dombal, an die Gerichte, die ihn auf lange Jahre ins Zuchthaus sperrten — das sind nur einige Maßnahmen der antirevolutionären Gesetzgebung.

Nach den Erfahrungen, die die Arbeiterklasse Deutschlands mit den Noske und Konsorten gemacht hat, wird es keinen in Erstaunen setzen, daß auch in Polen die treibende Kraft bei der Unterdrückung kommunistischer Arbeiter die Sozialpatrioten der PPD waren.

Der erste Sejm der polnischen Republik wurde beherrscht von einer Mehrheit von politisch ebenso rückständigen, wie wirtschaftlich geldgierigen Großbauern. Sie sind es gewesen, die jene Gesetze schufen, die die Dorfwucherer und auch die städtischen Schieber auf Kosten der werktätigen Bevölkerung mit immer neuen Liebesgaben überschütteten.

Dem Lebensmittelwucher wurde durch Aufhebung der Zwangswirtschaft und Einführung des Freihandels Tür und Tor geöffnet. Durch die Bodenreform, die natürlich von den PPS.-Leuten in eine Errungenschaft der Landarbeiter umgelogen wurde, gingen die Ländereien der Junker statt auf das werktätige Volk auf die reichen Bauern über.

Mit der Aufhebung des Achtstundentages ist längst durch die Einführung des Zehnstundentages in den Handelsunternehmungen der Anfang gemacht. Immer neue Milliarden von Geldnoten bewilligte der Sejm. Die polnische Valuta steht nahe an der österreichischen und liegt noch tiefer unter der deutschen. Die Teuerung wächst rasend. Die Löhne geraten in immer größeren Gegensatz zu den Kosten der gesamten Lebenshaltung.

Das ist die Situation, in der der erste Sejm der Republik Polen abgedankt hat, aber nicht, ohne vorher schnell noch als letzte Glanzleistung ein durch und durch reaktionäres Wahlgesetz anzunehmen, das von vornherein der bisherigen konterrevolutionären Mehrheit wieder den Sieg im neuen Sejm sichert.

II

Die Wahlen zum zweiten Sejm finden am 5. November statt. Nicht weniger als 20 Kandidatenlisten sind nach dem amtlichen Blatt der polnischen Republik „Monitor" eingereicht worden. Es ist dies ein Zeichen des geradezu verwirrend wirkenden polnischen Parteibetriebes, das seinesgleichen in der Welt sucht, und das Ganze dazu angetan ist, große Teile des Proletariats nicht zur Erkenntnis des Wesens der einzelnen Parteien kommen zu lassen.

Von den 20 Kandidatenlisten sind 19 amtlich genehmigt worden. Die zurückgewiesene List gehört den in Polen völlig unbedeutenden unabhängigen Sozialisten an, die nicht einmal die für einen Wahlvorschlag vorgeschriebenen 1500 Unterschriften aufbrachten.

Völlig selbständig gehen nur der Kommunistische Bund der Stadt- und Landproletarier in Polen und die Kommunistische Partei Oberschlesiens in der Woywodschaft Schlesien, dem zu Polen gefallenen Teil Oberschlesiens, vor. Alle übrigen Parteien sind untereinander mehr oder weniger verbunden.

Trotz der Ueberfülle von Parteirichtungen und Parteischattierungen gibt es im übrigen eigentlich nur zwei ruhende Pole in der Erscheinung Flucht. Es sind dies:

1. Die Christlich-nationale Einigkeit (Chrescijanska Jednosz Narodowa) im Volksmund sehr charakteristisch nach den Anfangssilben „Chijena", die Hähne, genannt. Der Hauptkandidat dieses nationalen Blocks ist neben dem Warschauer Erzbischof Teodorowicz, dem aus dem früheren deutschen Westpreußen stammenden Pfarrer Lutosławski, dem früheren polnischen Abgeordneten im deutschen Parlament-Senda usw. Herr Korfanty, der bekannte Oberschlesier, der erst kürzlich bei den Wahlen zum schlesischen Sejm einen Sieg errungen hat. Die „Chijena" umfaßt die Gesamtheit der zielbewußten polnischen Reaktion: die Großbourgeoisie, den Klerus und die Junker.

2. Die Belvedere-Richtung — so genannt nach dem Residenzschloß — um den augenblicklichen Staatschef Pilsudski. Dieser Pilsudski-Block ist das Widersprechendste, was man sich vorstellen kann. Er umfaßt so ziemlich alle Parteien außer den Kommunisten und der „Chijena". Da sind vor allem die in Polen starken Bauernparteien, nicht weniger als fünf an der Zahl: die Witos-Partei, die Wilnaer Volksräte, die Partei des radikalen Expfarrers Okon, die Wyzwolenie (Befreiung) und die Stapinski-Partei. Alle diese Bauernparteien sind mehr oder weniger Interessenvertretungen der Besitzenden von Grund und Boden, beziehende Landarbeiter finden bei ihnen keine Unterstützung. Von diesen fünf Parteien ist die stärkste die des früheren Ministerpräsidenten und Großbauern Witos.

Der kleinbürgerliche Mischmasch, sehr stark durchsetzt mit Elementen der Intelligenz, sammelt sich im großen ganzen um die offizielle Pilsudski-Partei, National-Staatliche Union genannt, mit ihren Ausstrahlungen: Die staatliche Vereinigung der Randgebiete, ein Parteigebilde, das die nationalen Minderheiten der Ostgebiete im Belvedere-Sinn bearbeiten soll, der jüdisch-demokratische Volksblock, die Galizischen Zionisten und endlich, schon etwas abseits, das Städtische Zentrum.

Es folgen die „Sozialisten", die auf Stimmenfang bei den Arbeitern ausgehen. Auch hier sind es wieder eine ganze Anzahl von Parteien, die sich als proletarisch und als revolutionär ausgeben. Da ist die PPS. (polnische Sozialisten), der Jüdische Bund und die Poale Sion. Eine vierte Arbeiterpartei, die besonders jetzt in der Wahlkampagne ein proletarisches Gesicht zur Schau zu tragen versucht, ist die PPR., die Nationale Arbeiterpartei. Schließlich aber folgt noch ein ganzer Schwanz von sozialpatriotischen Parteien, die sich alle innerhalb der vielen nationalen Minderheiten in Polen gebildet haben. Dazu zählen die deutschen Sozialdemokraten, zu denen jetzt durch die Teilung Oberschlesiens die Genossen Höfzings gestoßen sind, und die sich im Vollbewußtsein ihres Nationalismus „Deutsche Sozialdemokratie in der Republik Polen" nennen, weiter die Weißrussischen Ukrainischen Sozialpatrioten usw.

Der am weitesten rechts stehende Teil des Belvedere-Blockes ist der Verband der Nationalen Minderheiten, in dem deutsche und jüdische Fabrikanten, russische und deutsche Junker und weißrussische und ukrainische Großbauern sitzen, also eine sehr bunt zusammengewürfelte Kapitalistengesellschaft. Durch nichts besser kann das wahre Wesen der eben genannten deutschen, ukrainischen und weißrussischen Sozialpatrioten gebührend entlarvt werden, als durch die bloße Feststellung, daß sie sich diesem Block der nationalistischen Junker, Händler und Fabrikanten angeschlossen haben. So steht, um das deutlicher zu machen, ein „Genosse" Pankratz aus Bromberg als „deutscher Sozialdemokrat" neben den bekanntesten Kapitalisten auf der Kandidatenliste des Verbandes der Nationalen Minderheiten.

Die Arbeiterschaft der außerpolnischen Länder möge sich klarmachen, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten — ganz abgesehen von dem brutalen Terror gegen die Kommunisten — in dieser Lage der Kommunistische Bund der Stadt- und Landproletarier zu kämpfen hat. Wenn irgendwo, so erfordert in Polen schon der bloße Wahlkampf nicht nur ein hohes Maß von revolutionärer Opferbereitschaft, sondern vor allem auch einen hohen Grad von internationalem Klassenbewußtsein.

Gewerkschaftsbewegung

Der italienische Seemannsbund wird fascistisch

Der Kampf um den Charakter des italienischen Seemannsbundes ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Der verräterische Vorsitzende des Bundes, Kapitän Giolitti, hat unter Vermittlung d'Annuncios mit den Fascisten einen Vertrag geschlossen. Demzufolge wollen die Fascisten ihre eigene Seemannsorganisation, zugunsten des alten Seemannsbundes, eingehen lassen. Dafür verpflichtet sich Giolitti, daß sein Verband nichts gegen den Willen des Fascismus unternimmt. Die Kommunisten unter den italienischen Seeleuten haben bereits energisch den Kampf gegen diese Verräterei aufgenommen. Es ist zu erwarten, daß die Mehrheit der Verbandsmitglieder trotz des weißgardistischen Terrors dem Klassenkampf treubleiben wird.

Paeplow spaltet, Stinnes jubelt

Der Verein Aue des Bauarbeiterverbandes stand kürzlich im Kampf gegen die Unternehmer. Die Verbandsleitung verweigerte Unterstützung. Die Streikenden wandten sich an die Organisation der Ausgeschlossenen in Chemnitz. Sofort erhielten die Auer Bauarbeiter Gelder und sie errangen einen Sieg gegen das Kapital. Um die von Chemnitz erhaltenen Gelder zurückzahlen zu können, führte der Auer Verein für eine bestimmte Zeit keine Beiträge an die Hauptkasse ab. Der Hauptvorstand forderte die Beitragszahlung. Die Verbandsmitglieder lehnten ab, weil der Hauptvorstand es abgelehnt hat, den Streik in Aue zu finanzieren.

Im Auftrage des Verbandsvorstandes erschien dieser Tage das Vorstandsmitglied Bernhardt mit dem Lokalbeamten Müller und verlangte die Herausgabe bzw. Uebernahme des Eigentums der Auer Zahlstelle. Weil man sich dem Diktat des Verbandsvorstandes nicht fügte, wurden sie von Bernhardt als außerhalb des Deutschen Bauarbeiterverbandes stehende Mitglieder erklärt.

Damit ist der Bruch vollzogen. Die Auer Bauarbeiter lassen sich von Paeplow und seinen Anhängern nicht auseinandertreiben; sie bleiben organisatorisch solidarisch verbunden.

Neue Druckschriften

Z. Leder: „Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland vom Standpunkte des Kommunismus". Diese Schrift ist eine Streitschrift gegen Professor Dr. Hugo Sinsheimer. Der Preis des Werkes beträgt 30 Mk., Organisationspreis 24 Mk. Verlag: Viva, Berlin SW 61.

Dr. Karl Korsch: „Arbeitsrecht für Betriebsräte". Das Werk ist in zwei Teile gegliedert. Im 1. allgemeinen und grundsätzlichen Teil werden alle ökonomischen, politischen und juristischen Grundbegriffe des heutigen Arbeitsrechtes behandelt, darauf folgt eine konzentrierte Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in den letzten hundert Jahren. Den Abschluß dieser Darstellung bildet eine Auseinandersetzung über die Grundprinzipien der Arbeitsverfassung. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den praktischen Einzelfragen. Eine große Anzahl von Schaubildern und Tabellen tragen dazu bei, das Verständnis dieses Buches auch dem weniger geschulten Leser zu erleichtern. Der Preis beträgt broschiert 260 Mk., gebunden 360 Mk. Verlag: Viva, Berlin SW 61.

Manabendra Nath Roy: „Indien". Verlag der Komm. Intern. Karl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale. Nr. 8 (19). August 1922. Phöbus-Verlag, Berlin SW 11.

M. Tomski: „Die neuen Aufgaben der russischen Gewerkschaften". Phöbus-Verlag, Berlin SW 11.

Aus der Provinz

Roitzsch

Seltsame Dinge gehen um, aber nicht auf dem Monde, sondern in hiesiger Volksschule. Wurde da letztens von den Kindern eine Sammlung für ein Geburtstagsgeschenk eines Lehrers in die Wege geleitet. Wer aber beschreibt das Entsetzen der Kinder und des Lehrers, als nach Ablauf einer Pause eine Schülerin für das gesammelte Geld einen anderen Zweck in Aussicht hatte, jedenfalls waren die annähernd 300 Mk. verschwunden. Polizei wurde herangezogen, um die große Missetäterin zu stellen, ob mit Erfolg, ist uns nicht bekannt. Besser wäre es jedenfalls, wenn die Herren Lehrer ein für allemal diesen Sammelunfug verbieten, damit die Kinder nicht zu Hause und in der Schule zum Diebstahl verleitet würden. Aber auch noch andere Sachen sind gang und gäbe. Ein Lehrer z. B. hat seine Freude daran, wenn er die Mädchen auf den Kopf schlägt, daß die Haarspangen herumfliegen; wieder ein anderer erfreut sich daran, wenn er die Knaben rudweise an den Schläfenhaaren emporziehen kann; und einem Dritten macht es Spaß, seinen Schülern das Gesäß zu bearbeiten, daß sie weder sitzen noch liegen können. Kurzum, sehr seltsam. Einer rechtmäßigen Kritik wollen sich die meisten dieser Herren aber nicht unterziehen lassen. Aeußerte sich da anläßlich einer Elternversammlung ein Arbeiter über die Läuseplage im vorigen Jahre, flugs wurde sein Kind einige Tage auf Läuse untersucht. Eine Klasse z. B. wird schon einige Tage größtenteils von Knaben der ersten Klasse beaufsichtigt. Kann und darf es das geben? Obwohl man in den Nachbarorten überall den Volksbildung betreibenden Vereinen Schulzimmer zur Verfügung stellt, wird dies in unserem Orte den betreffenden Vereinen aus hygienischen und technischen Gründen verweigert, sogar dem Arbeiter-Gesangverein, der seine Uebungsstunden bisher in der Schule abhielt, wird anheimgegeben, aus obigen Gründen in Kürze das Schulzimmer zu meiden. Wenn man bedenkt, was man alles während des Krieges aus den Volksschulen gemacht hatte, z. B. wurden noch in diesem Jahre in unserer Schule die Brot- und Zuckermarken verausgabt. Es wäre jedenfalls sehr wünschenswert, wenn sich der Herr Kreisschulrat intensiver um die Roitzscher Volksschule kümmerte. Auch eine lohnende Arbeit für den Elternbeirat! — Bei der am Sonntag, dem 21. Oktober, stattgefundenen Elternbeiratswahl erhielten die Bürgerlichen sechs, die Arbeiter fünf Sitze. Die Interessen der Arbeiter werden von folgenden Genossen vertreten. Otto Hempel, Wilhelm Hürthe, Rich. Henze, Otto Schinkel und Frau Minna Henniche.

Crostitz

Ein Unglücksfall. Am Sonnabend war die Hasenjagd in Lehnitz, zu der zwanzig Schützen mit dem Dickichen Buchbindereilastauto von Leipzig kamen. Nach gutem Schwaus und Trunk traten sie um 12 Uhr nachts mit dem Lastauto die Heimfahrt an. An der Windmühle von Eckhard zwischen Lehnitz und Hohenleina fuhr das Auto mit zwei Seitenrädern in die 50 cm tiefer liegende Straßenböschung. Das Auto schlug um, wobei fünf Mann schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Ein Personenauto mußte fünfmal mit den Verletzten nach Leipzig fahren. Tote waren nicht zu verzeichnen. Der Arzt Dr. Behnstedt, Crostitz, war nach wenigen Minuten zur Stelle. Das Lastauto konnte erst am Sonntagmorgen mittels Flaschenzügen und Winden emporgerichtet werden, und zwar unbeschädigt. Um 11 Uhr vormittags konnte die Fahrt nach Leipzig weitergehen. (Ein Jagdsport mit Hindernissen.)

Sport

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. 5. Gruppe. 6. Bezirk. 2. Kreis.

Am Sonntag, dem 5. November, nachmittags 1 Uhr, findet im Lokal „Gottschalg" zu Lößnig die vierte Gruppenvorturnerstunde mit anschließender Sitzung statt, anschließend daran eine Gruppenwerbeveranstaltung.

Spende

35. Quittung

		Uebertrag	274 445,45
Gef. von der Belegschaft Aug. Domke, Taubenstraße 9	1 150,—	dorf in der Mitgliederversammlung	475,—
Liste 336, Union d. Hand- und Kopfarbeiter der Gruppe Möbelräumer, gel. d. Gen. Frz. Götze	1 015,—	Ungenannt Wittenberg, Gr. Friedrichstraße	500,—
Erste Weißenfelser Genossenschaftsfabrik	1 000,—	Daselbe	500,—
Belegschaftsversammlung der Sprengstoffwerke in Reinsdorf	755,—	Gef. v. d. Komm. Jugend Weißenfels b. Unterhaltungsabd. am 22. 10.	388,—
Gef. beim Vergnügen am 22. 10. auf Liste 82 des Radf.-Vereins in Zwintschöna	620,—	Am 21. 10. gef. im „Pichelsteiner Krug" Weißenfels	255,—
Gef. v. Sportver. Sanders-		Liste 185, Freyburg a. U.	268,—
		Funktionär-Sitzung der KJ. Wittenberg	168,—
		Ungenannt, Halle	100,—
		Max Harnisch, Weißenfels	100,—
		F. H., Sprengstoffwerk Reinsdorf	100,—
Uebertrag	274 445,45	Summa	277 294,45

Auf Kredit liefern wir Ihnen zu günstigen Bedingungen:
Damen- Mäntel, Kostüme, Kleider, Blusen, Strickjacken, Jumper.
Herren- Raglans, Ulster, Paletots, Anzüge, Gummimäntel.
Carl Klingler, 11 | Leipziger Strasse 11 nur 1 Treppe, Eing. Sandberg.
431*
Kein Laden, nur 1. Etage.

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten.

Weiche mit **Henko** die Wäsche ein!
Henko Henkel's Wasch- u. Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz.
Henkel & Cie. Düsseldorf

Stadt-Theater. Mittwoch, 1. Nov., Anfang 7½ Uhr, Ende 9¼ Uhr: **Der fliegende Holländer** von Rich. Wagner. Donnerstag: 4317 Die verlorene Geige.

Asthma kann in ca. 15 Woch. geheilt werden Sprechst. in Halle, Magdeburger Str. 30, 2 Tr., jeden Freitag von 10-1 Uhr. *641 Dr. med. Alberts, Spezialarzt für Asthmaleiden.

Gummiwaren Frauenspritzen (Engländ. Neuheit), Reinigungsinstrumente, Preisl. gratis. 684 Versl. „Germania" Landsberg, Str. 3, 1. Et.

Der letzte kleine Rest **Militär-Litewken**, auch für Bureauzwecke geeignet, Mk. 2800.

Joppen von Mk. 1875 bis 8000. 4321

Kamelhaar-Kinderschuhe, Gr. 21—25 Mk. 240, Gr. 26—29 Mk. 300. Textil-Handelsgesellschaft m. b. H. vorm. **Reinke** Leipziger Straße 55, I am Riebeckplatz.

Kleine Anzeigen haben im „Klassenkampf" den besten Erfolg.

Kalender 1923
Abreißkalender, Wochenkalender, Kontorkalender, Kalenderblocks in verschiedenen Ausführungen vorrätig.
Volksbuchhandlung Halle a. S., Harz 42/44.

Haus mit leerer Wohnung zu kaufen gesucht. 4307
Bitterfelder oder Ammendorfer Gegend. Anzahlung 80 000 Mark.
Offerten an Back, Bitterfeld, Dessauer Straße 7.

Familien-Nachrichten

Danksagung.

Herzlichsten Dank für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres teuren Vaters, Schwieger- und Großvaters, sagen wir allen denen, die ihm zur letzten Ruhe geleiteten. Auch herzlichen Dank der Firma Dicker & Werneburg, einem Meister und Kollegen für die liebevolle Teilnahme

Die tiefgebeugte Gattin nebst Kindern und Enkelkindern: 4309

Ida Hahn, geb. Wiegand, Steg 10.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221031-18/fragment/page=0007

Kämpfende Jugend

Der Unterschied

Mittagspause. Im Wohlfahrtsraum der großen Werft in ihrer „reservierten“ Ecke sitzen Fritz und Albert, die beiden Lehrlinge. Sonst diskutieren sie meistens sehr hitzig miteinander (Fritz trägt nämlich ein rotes, Albert dagegen ein schwarzrotgelbes Band im Knopfloch), heute aber sind sie ziemlich schweigsam. Albert liest ein Buch, auf dessen Umschlag „Die Rolle der Erotik“ zu lesen ist. Fritz hat sich von einem Kollegen eine Zeitung geliehen.

Aber recht bei der Sache ist er nicht. Immer wieder sieht er sich suchend im Raume um.

„Hest Du den'n lütten Heini nich sehn, de gestern bi uns seten hett?“ fragt er einen Kollegen, der hinter ihm steht. „Dor kummt he jo“, erwidert dieser und zeigt auf einen Jungen, der sich langsam durch die Tischreihen schiebt

Fritz geht auf ihn zu. „Du, heur mol, Heini, ick wull Di mol watt frogen. Segg mol, büst Du hier nich as Slosserlehrling annohmen?“

„Jawoll“, antwortet der Junge in Brustton, “ober worum frogst Du?“ „Jo, mi wunnert dat nämlich, datt ick Di de ganzen Dog nix as Schruben sommeln seh'. Dat is doch keen Slosserarbeit. Oder mokt Di datt Spooß?“

„Ganz gewiß nicht“, meint Heini in überzeugtem Ton. „In de erste Woch', dor heff ick all mol richtig mit 'n Homer arbeit'. Datt hett mi orndlich Freid mokt. Ober düsse olle langwielige Krom is mi all glieck den' ersten Dag över west.“

„Und denn lettst Du Di datt eenfach so gefall'n, datt man Di nur so'n Putzlaputz-Arbeit moken lett?“ fragt Fritz herausfordernd.

„Jo, watt sall ick ober dorbi moken, wenn de Meister mi nix anneres to dohn gifft“, meint Heini kleinlaut.

Fritz nimmt den kleineren Kollegen unter den Arm und geht langsam mit ihm auf und ab. An seinen Mienen und Bewegungen merkt man, daß er ihm etwas ganz klar auseinandersetzen will. Oefters fragt Heini noch mal nach, damit er auch ganz sicher geht. Und mit einem energischen „Mokt mi“ schüttelt er dem andern zum Schluß die Hand und sie gehen mit den andern Kollegen wieder an die Arbeit.

Am andern Mittag sitzt Albert allein in seiner Ecke. Nachdem er sich einige Male vergebens nach Fritz umgesehen hat, sieht man ihn wieder eifrig studierend über seiner Lektüre.

Fritz steht draußen und wartet auf seinen kleinen Kollegen. Nicht lange, da sieht er ihn auch schon auf sich zulaufen.

„Minsch, Fritz, watt heff ick nich all all'ns erlevt siet gestern.“

„Na, denn vertell man mol.“

„Paß mol opp. Gestern nohmiddag bün ick gliek no den' Arbeiterrot, von den'n Du mi vertellt harst, roppgohn und heff no den' Kollegen frogt, den' Du mi nennt hest. He is ok glik komen. „Na, mein Junge, was hast Du denn auf'n Herzen“ frog he. — Ick gleuw, datt is'n goden Kerl“ . . .

„'n Kommunist“ wirft Fritz mit Betonung ein.

„Na, dor heff ick em denn de ganze Sok vertellt“, fährt Heini fort. „He hett sich all'ns genau notiert, ok, datt de Meister mi ümmer so anschnauzen deiht und mi mol 'ne Tang an'n Kopp smieten wull. „Sei man ganz ruhig, mein Junge, es wird schon alles werden“, sä he toletzt und klopp' mi opp de Schuller.

Hüt morgen keek mi de Meister all ümmer ganz scheef an. Schruben sammeln sull ick nich mehr. Ich kreg richtig mol wedder 'n Homer inne Hand. Datt duert ober nich lang, dor kummt min Meister no mi ran; ick sull mol no den' Inschenör komen. Na, ick go jo henn. Eben bün ick in sin Zimmer bin' (he seet in' groten Leddersessel und rokt sin Zigarr), do snauzt he mi an: „Da bist Du ja, Du alter Schnösel, Du. Wie kommst Du dummer Bengel dazu, zum Arbeiterrat zu laufen?! Wenn Du nochmal zum Arbeiterrat gehst, wirst Du entlassen. Merk Dir das.“

„Und watt hest Du segt?“ fragt Fritz hastig.

„Ick? Segt, heff ick gornix. Kunn ick ok nich, denn he hett mi jacht vor de Dör sett. Ober no dien Kommunisten bün ick gliek wedder hengohn und heff em mien Unnerhollung mit den' Inschenör vertellt. 'n ganz roden Kopp hett he kregen und hett de Fust ballt. Teuf, den'n wüllt wi uns mol keupen, sä he und is gliek no den' Inschenör röbergohn. Ick will mi gliek mol bi em erkunnigen, wie min Sok steiht.“ Und schon läuft Heini zu dem Betriebsrat hinüber, den er gerade erspäht hat.

Fritz sieht ihm wohlgefällig nach. „'n fixer Junge“, murmelt er und geht in den Wohlfahrtsraum.

In seiner Ecke findet er Albert mit hochrotem Kopf über seinem Buch. Als Fritz an den Tisch tritt, blickt er auf.

„Du läßt Dich ja gar nicht mehr sehen“, meint er vorwurfsvoll. Fritz erzählt ihm die Geschichte von dem kleinen Heini.

„So, Schrauben sammeln mußte er immer?“ fragt Albert schon bald wieder abwesend. „Das ist mir gar nicht aufgefallen.“

„Das glaub' ich“, erwidert Fritz und blickt lächelnd und doch besorgt erst auf das Buch und dann auf seinen Kollegen . . .

Aus unserem Hamburger Bruderblatt.

Die Jugend

Von Max Barthel

Angeschmiedet im Werk, aber im Herzen die Freiheitsstürme
Stehen wir kühn in der Schlangengrube der Zeit.
Ueber der Knechtung und Armut Hungergewürme
Wölbt sich der Morgenhimmel der kommenden Seligkeit.

Während die Hände die vielen Räder und Hebel bedienen
Und die Arbeit in tausend Gestalten der Schöpfung entspringt,
Sind unsere Seelen rasende Lawinen,
Aus denen der Sturmgesang der Freiheit singt.

O, was haben wir alles geduldet und schweigend erlitten,
Gepreßt in der Ausbeutung eiserne Schmach!
Von bissigen Winden und frostigen Nächten zerschnitten,
Bis Hohn den Spiegel der Seele zerbrach.

Aber wir meistern, die uns geschmäht und verlästert,
Beseelen das Werk und blasen ihm Odem ein.
Wir sind mit allen Dingen verbrüdert, verschwestert,
Wir brauchen auf dieser Welt nicht mehr einsam sein.

Spiel ist die Arbeit. Der Räder rasendes Rasen,
Der Gang zur Fabrik ist Andacht und Tanz.
Wenn die Sirenen wie goldne Posaunen blasen
Krönt unsere Stirn der Ueberwindung grünender Kranz.

O, ewiges Lied der Menschheit gesungen
Das uns wie zündender Blitz ergreift und durchsaust!
Wir haben das Werk mit unserer Seele bezwungen:
Es gibt keine Trennung von Hirn und Faust.

Im Vorbeigehen

Verschmierte, schmutzige Fenster; rauchige, modrige Luft; kratzende Geigen und klapperndes Klavier; gröhlende Stimmen und kreischendes Gelächter — Arbeiterkneipe —

Von irgendwo führt mein Weg vorbei. Das Fenster ist offen. Da stockt mein Fuß, und ich schaue hinein.

Ein Mädchen faßt einen Mann am Arm, und ich errate, daß sie ihn überreden will, zu gehen. Fort von diesem Ort, aus dieser Kneipe. Doch er stößt sie zurück. Schneidendes Weh gräbt sich in das schöne Gesicht. Der Kerl geht zur Schenke, das Mädel hinaus. Sie lehnt sich an die Haustür und weint bitterlich.

Ein anderer Kerl kommt herangepoltert und schreit sie an. Schimpft sie ein albernes, dummes Weib. Droht, ihr eine in die Visage zu geben, wenn sie nicht gleich aufhört zu flennen.

Das Mädchen weint noch heftiger. Wie oft hat sie es ihm schon gesagt, daß sie keinen Gefallen an den Wirtshausfreuden findet. Aber er hört nicht auf sie. Der Bruder fährt sie weiter an:

„Mach, daß Du reinkommst! Setz Dich hin und sag gar nichts, wenn es Dir nicht gefällt. Aber verdirb uns den Spaß nicht. Was ist dabei, wenn Otto auch mal ein anderes Mädchen ansieht. Noch ist er ja mit Dir nicht verheiratet, und Du solltest froh sein, daß er überhaupt noch mit Dir geht, wo Du immerfort Grund zum Streit gibst.“

Da kommt auch der Bräutigam. Mit einem Schlager auf dem Lippen — „und so'n bißchen, bißchen, bißchen was dabei!“ — — zieht er das arme Mädchen wieder hinein in den Sumpf.

Ich möchte gern wissen, was weiter wird, möchte ihnen nach Und ich fühle meine Rocktaschen ab, meine Weste, aber ich finde auch nicht einen Pfennig darin. Und ohne Geld braucht man keinem Wirt zu kommen. So muß ich draußen bleiben, und ich luge wieder durch das Fenster. Da kommen die Beiden. Er ruft den Wirt, der vor Gesundheit und Kraft strotzt. Und er bestellt zwei Kognaks. Doch sie bittet ihn, für sie nicht zu bestellen; denn sie mag den Fusel nicht. Das aber ist schon wieder zu viel. Er wird stutzig, ruppig, läßt das Mädchen stehen und verschwindet im anderen Zimmer. Sie eilt ihm nach, und das Paar ist meinen Blicken wieder entschwunden. — —

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Ueber die Straße weg, zwei Häuser weiter, leuchtet es aus einem Fenster drei Treppen hoch hell zu mir herab. Da oben scheint es auch toll herzugehen; denn ein unbändiger Radau tönt lange schon an mein Ohr. Doch es ist ein helles frisches Lachen, eine reine leichte Musik, ganz anders als die in der Kneipe.

Es ist Nestabend, auch bei einem Otto. Die Burschen und Mädel treffen sich allwöchentlich einmal, bald hier und bald dort bei sich zu Hause. Fiedel, Klampfe und lustiges Lied sind besserer Zeitvertreib als Bier, Kognak und Kneipenlärm.

Gerade lassen sich in der Kneipe die armen Proleten einen Marsch vorspielen. Da kommen von gegenüber die Burschen und Mädel auf die Straße hinunter. Sie haben das lange Sitzen im engen Stübchen satt, führen einen Volkstanz auf und gehen dann grüßend auseinander. Denn morgen ist Sonntag und wenn die Sonne emporsteigt, wollen sie sich wieder treffen zur Wanderfahrt hinaus in den grünen Wald, auf die freien Höhen.

— — — — — — — — — — — — — — — — —

In der Kneipe aber wird noch nicht Schluß gemacht. Sie leert sich erst beim Morgengrauen. Der Wirt zählt seine Einnahme, streichelt seinen Schmerbauch und freut sich über die gute Beute, die ihm der Arbeiter in der Nacht zugetragen hat.

Erich Morgner, Halle.

Wie sieht die Vereinigung der SPJ. mit der AJ. aus?

„Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen.“ Dieses Sprichwort bewährt sich auch bei der Sozialistischen Proletarierjugend. Ihre Führer sind genau so eifrig bestrebt, die Jugendlichen in den Einigungstaumel hineinzuziehen, wie die Väter des Einigungs-Parteitages in Nürnberg. Man läßt kein Mittel unversucht, diejenigen, welche den Rummel nicht mitmachen wollen, doch zu kirren. Mit den schönsten Phrasen über „geschlossenen Kampf“, den sie jetzt führen werden, geht der Bauernfang vonstatten. Aber hat man in der AJ. jemals etwas von Kampf gemerkt?

Worauf in Wirklichkeit die Verschmelzung hinausläuft, beweist die Beurteilung der sozialdemokratischen Politik in der bürgerlichen Presse. Darum rufen wir den Genossen der SPJ. zu: Seid auf der Hut, laßt Euch nicht einfangen, begeht keinen Verrat an Eurer eigenen Organisation!

Die „Jungdeutschland-Post“, ein monarchistisches Organ, vom 15. Oktober 1922 schreibt: „Auch in den sozialdemokratischen Zeitungen fängt man an, sich zu erregen über die **viel zu hohen Löhne der jugendlichen ungelernten Arbeiter** und die Folgen, die dadurch gezeitigt werden.“ — Man sieht, zu welchen Hoffnungen die Haltung der sozialistischen Presse das Bürgertum berechtigt.

Ein anderer Fall: Die VSPD. führt in Hannover durch Unterstützung des Magistratsantrages in den Fortbildungsschulen an Stelle der dreistündigen die achtstündige Karzerstrafe ein. **Die Arbeiterjugend lehnte die Bekämpfung dieser Strafverschärfung ab mit der Begründung, daß sie mit der Kommunistischen Jugend vorläufig nicht zusammengehen könne.** Das ist der Wille zur Einheitsfront! Wozu will sie denn die Einigung mit der Sozialistischen Proletarierjugend? **Weil sie gemeinsam mit dieser nicht gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Jugend kämpfen will.**

Fritz Bieligk schreibt über das organisatorische Verhältnis der Vereinigten Arbeiterjugend zur VSPD.: „Ist bei allen Beteiligten der Wille zur Vollbringung des großen Werkes vorhanden, so müßte sich eine Lösung des organisatorischen Problems finden lassen, welche die Gegensätze überbrückt.“ Das heißt, die oppositionellen Genossen der SPJ. sollen mundtot gemacht werden. Der Vereinigten Arbeiterjugend wird jede organisatorische Selbstständigkeit fehlen. Bis jetzt haben die Jungarbeiter in der SPJ. wenigstens diese zu bewahren gewußt. Was wird aus ihnen werden, wenn sie auch noch diesen letzten Stützpunkt aufgeben?

Der Amateursozialist

60 Roman von Bernhard Shaw

„Das kommt daher, weil ich kein Poet bin,“ sagte Trefusis. „Aber wir Sozialisten sollten die romantische Seite unserer Bewegung studieren, um die Frauen zu gewinnen. Wenn Sie eine Sache groß machen wollen, dann interessieren Sie jedes weibliche Wesen dafür. Sie ist verheiratet oder wird es eines Tages sein, und dann widerspricht sie ihrem Mann mit Fetzen aus unseren Beweisgründen. Ein Wortstreit wird folgen, und ihr Sohn wird zuhören und zu denken anfangen, wenn er überhaupt dazu fähig ist So setzen sich unsere Ideen in die Köpfe der Leute. Ich habe schon manches junge Mädchen bekehrt. Die meisten wissen nicht mehr von der volkswirtschaftlichen Theorie des Sozialismus, als sie von Chaldäa wissen, aber sie fürchten und verurteilen nicht mehr länger diesen Namen. O, ich versichere Ihnen, es kann auf diesem Gebiete viel von Männern getan werden, die nicht ängstlich vor Frauen sind und Zeit haben, ruhig zu warten, bis ihre ausgestreute Saat aufgegangen ist.“

„Nehmen Sie sich in acht. Eine von Ihren weiblichen Proselyten wird einmal die Oberhand über Sie bekommen. Der zukünftige Ehemann, dem man widerspricht, kann auch Sidney Trefusis sein. Ha, ha, ha!“ Sir Charles hatte ein zweites großes Glas mit Wein geleert und war etwas erhitzt und laut.

„Nein,“ sagte Trefusis, „ich selbst habe genug bekommen von der Liebe, und ich bin auch nicht der Mann, der so leicht welche einflößt. Frauen machen sich nichts aus Männern, denen, wie Erskine sagt, alles eine Zahlenfrage ist. Früher flirtete ich mit Frauen, jetzt belehre ich sie, und ich verabscheue das Flirten eines Mannes noch mehr, als das einer Frau. Noch etwas Wein? O, Sie dürfen den Rest dieser Flasche nicht umkommen lassen.“

„Ich denke, wir gehen am besten, Brandon,“ sagte Erskine, der ein wachsendes Mißtrauen gegen Trefusis empfand. „Wir haben versprochen, vor zwei zurück zu sein.“

„Das sollen Sie auch“ sagte Trefusis. „Es ist jetzt noch nicht Viertel nach eins. Uebrigens, ich habe Ihnen noch nicht Donovan Browns Lieblingsdokument zur Erneuerung der Gesellschaft gezeigt. Hier ist es. Eine Riesenpetition, die verlangt, daß es für ein schweres Verbrechen erklärt wird, wenn man einem Arbeiter irgendeinen Teil des Wertes, dem seine Arbeit hat, vorenthält. Das ist alles.“

Erskine stieß leise Sir Charles, und dieser sagte schnell: „Danke sehr, aber ich will lieber nichts unterzeichnen.“

„Ein Baronet soll eine solche Petition unterzeichnen!“ rief Trefusis aus. „Ich dachte gar nicht daran, Sie darum zu bitten. Ich zeige es Ihnen nur als ein interessantes geschichtliches Dokument, das die Unterschriften einiger Künstler und Dichter enthält. Hier ist zum Beispiel die von Donovan Brown. Er hat auch die Petition angeregt, die kaum viel Gutes erwirken wird, da die Sache gar nicht auf solche Art durchgeführt werden kann. Indessen, ich habe Brown versprochen, so viele Unterschriften wie möglich zu sammeln. Darum mögen Sie sie wenigstens unterzeichnen, Erskine. Sie enthält zwar nichts in Blankversen über die heilige Pflicht des Tyrannenmordes, aber sie ist doch ein Schritt vorwärts auf dem rechten Wege. Sie werden doch nicht bei einer solchen Kleinigkeit Bedenken haben — oder sind Sie durch die Kritiken ängstlich geworden? Kommen Sie, Ihren Namen und Ihre Adresse.“

Erskine schüttelte den Kopf.

„Haben Sie denn nur dann revolutionäre Gefühle, wenn Sie dadurch Ruhm als Dichter gewinnen können?“

„Ich zeichne einfach nicht, weil ich keine Lust dazu habe“, sagte Erskine erregt.

„Mein lieber Freund“, sagte Trefusis fast herzlich, „wenn ein Mann ein Gewissen hat, so kann er in Ueberzeugungssachen nicht schwanken. Ich habe irgendwo in Ihrem Buch gelesen, daß der Mann, der für die Freiheit seines Bruders nicht sein Blut vergießt, ein Feigling und ein Sklave ist. Wollen Sie nicht einen Tropfen Tinte vergießen — dazu noch meiner Tinte — für das Anrecht Ihrer Brüder an Ihrer Hände Werk? Ich machte mir auch zuerst nichts daraus, diese Petition zu unterschreiben, denn ich könnte ebensogut einen Tiger bitten, seine Beute mit mir zu teilen, wie unsere Herrschenden, die gestohlene Arbeit, von der sie leben, fahren zu lassen. Aber Donovan Brown sagte zu mir: „Sie haben keine Wahl. Entweder glauben Sie, daß dem Arbeiter der Ertrag seiner Arbeit gehört, oder Sie glauben es nicht. Wenn Sie es aber glauben, dann bekennen Sie auch Ihre Ueberzeugung, selbst wenn das so nutzlos sein wird, als das Händewaschen des Pilatus.“ So habe ich denn unterzeichnet.“

„Donovan Brown hatte recht“, sagte Sir Charles. „Ich will unterzeichnen.“ Und er schrieb sorgfältig seinen Namen hin.

„Brown wird entzückt sein“, sagte Trefusis. „Ich werde ihm heute schreiben, daß ich wieder eine gute Unterschrift für ihn erlangt habe.“

„Zwei Unterschriften“, sagte Sir Charles. „Sie sollen zeichnen, Erskine. Der Teufel soll mich holen, wenn Sie es nicht tun! Es ist nur gegen die Halunken, die davonlaufen und ihren Arbeitern nicht ihre Löhne bezahlen.“

„Oder die sie nicht ganz bezahlen“, bemerkte Trefusis mit seltsamem Lächeln. „Aber unterzeichnen Sie lieber nicht, wenn Sie keine Lust haben.“

„Chester, wenn Sie nach mir nicht zeichnen, sind Sie ein Duckmäuser“, sagte Sir Charles.

„Ich weiß nicht, was es bedeutet“, sagte Erskine unschlüssig. „Ich verstehe nichts von Petitionen.“

„Es bedeutet, was es sagt. Man kann Sie nicht für irgendeine Meinung verantwortlich machen, die nicht darin ausgedrückt ist“, erwiderte Trefusis. „Aber lassen wir es sein. Sie mißtrauen mir, glaube ich, etwas und möchten lieber nichts mit meinen Petitionen zu tun haben. Aber Sie werden eine bessere Ansicht darüber bekommen, wenn Sie erst mehr mit mir bekannt sind. Inzwischen hat es ja keine Eile. Unterschreiben Sie jetzt noch nicht.“

„Unsinn! Ich zweifle gar nicht an Ihrer ehrlichen Ueberzeugung“, sagte Erskine schnell und leugnete seinen Verdacht, den er wohl fühlte, für den er aber keine Begründung wußte. „Hier haben Sie es!“ Und er unterzeichnete auch.

„Sehr gut“, sagte Trefusis. „Das wird Brown für einen Monat glücklich machen.“

„Es ist jetzt Zeit für uns, daß wir gehen“, meinte Erskine verdrießlich.

„Besuchen Sie mich zu jeder Zeit. Sie sind mir willkommen“, sagte Trefusis. „Sie brauchen in keiner Weise formell zu sein.“

Dann schieden sie voneinander, und Sir Charles versicherte Trefusis, daß er noch nie einen so interessanten Vormittag verlebt habe. Er schüttelte ihm dreimal lange die Hand. Erskine sagte wenig, bis er mit seinem Freunde auf dem Riverside Road war, dann aber brach er plötzlich heraus:

„Was zum Teufel soll das heißen, daß Sie mittags um ein Uhr zwei Glas von solch einem berauschenden Zeug trinken, und dazu noch im Hause eines so gefährlichen Menschen, wie er es ist? Es tut mir sehr leid, daß ich den Burschen besucht habe. Ich hatte schon vorher meine Besorgnisse, und sie sind vollständig eingetroffen.“

„Wieso?“ fragte Sir Charles und fuhr zurück.

„Er hat uns angeführt. Ich war ein richtiger Narr, daß ich das Papier unterzeichnete und Sie auch. Deswegen hat er uns nur eingeladen.“

„Unsinn, mein lieber Junge Es war nicht sein Schriftstück, sondern das von Donovan Brown.“

„Das bezweifle ich. Wahrscheinlich hat er Brown ebenso zum Zeichnen beschwatzt, wie er uns beschwatzt hat. Seine Wege sind grade so schief wie seine Ansichten. Hörten Sie, wie er über Miß Lindsay log?“ (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221031-18/fragment/page=0008